Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik

- *Bundestagswahl mit überraschenden Ergebnissen: Welche Mehrheit für welche Programme? – Seite 4*
  Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik
  Finanzierung imperialer Politik – wer muss dafür bezahlen?
  Autoritärer Staat und Kulturkampf
- *Pilotprojekt „1000 x Jump Plus“: Der Fachbereich Soziales der Stadt Mannheim zieht Bilanz – Seite 12*
- *Niedersachsen / Hannover: Pfeifkonzert gegen Finanzminister Möllrings Angriffe auf den Landesdienst – Seite 15*
- *Der EU-Beitrittsprozess der Türkei: Gemeinsam voneinander lernen – den Dialog stärken! – Seite 18*

Ausgabe Nr. 19 am 22. September 2005, Preis 1,80 €

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier allerLänder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik – erscheint vierzehntäglich

Herausgegeben vom: *Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln.* Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation : Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/ 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der *„ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“* werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. .....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

DGB fordert Reform der Minijobs

Handelsblatt, 16.9. rül. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert eine Reform der Minijob-Regelung. Insbesondere die Subventionierung von Zweitjobs als Minijobs solle korrigiert werden, fordert der DGB. Ende Juni hatte die Minijob-Zentrale bei der Bundesknappschaft nach dem Rückgang der Minijobs zu Jahresbeginn (vermutlich eine Folge der Einschränkung von Nebenverdienstmöglichkeiten durch Hartz IV) einen erneuten Anstieg der Minijobs gemeldet – von 6,55 Millionen im März 2005 auf 6,68 Millionen im Juni 2005. Insbesondere die Zahl der Minijobs, die als Zweitjobs zusätzlich zu einem sozialversicherungspflichtigen Job geleistet werden, steigt in letzter Zeit deutlich. Das ist zum Teil ein Anzeichen dafür, dass eine zunehmende Zahl von Beschäftigten im ersten Job nicht mehr genug zum Leben verdienen. Auf der anderen Seite hatten aber auch die Wirtschaftsinstitute im Frühjahr schon vermutet, dass diesem Anstieg auch Mitnahmeeffekte zugrunde liegen. Für manche Beschäftigte sei es finanziell attraktiver, ihren Hauptjob einzuschränken und Teile der alten Beschäftigung als zusätzlichen, subventionierten Minijob auszuüben. Auch das Bundeswirtschaftsministerium hat eingeräumt, dass z.B. eine Kombination von Altersteilzeit und Minijob „keineswegs unüblich“ sei. Im Taxigewerbe etwa arbeiteten zahlreiche Beschäftigte in ihrem Hauptjob in Altersteilzeit und nebenbei als Aushilfsfahrer bei einer zweiten Firma (evtl. sogar mit dem gleichen Besitzer wie bei der Hauptfirma) in einem subventionierten Minijob. Der DGB sieht sich durch solche Entwicklungen in seiner Sorge bestätigt, dass die subventionierten Minijobs reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurückdrängen. Er fordert, im Nebenjob ausgeübte Minijobs künftig wie den Hauptjob zur Steuer und zu den Sozialversicherungen heran zu ziehen.

Europaweite Produktions- und Lieferketten

Handelsblatt, 15.9. rül. Einen schnell fortschreitenden Ausbau europaweiter Produktions- und Lieferketten meldet das Statistische Bundesamt. In einer am 14.9. auf seiner Homepage veröffentlichten Untersuchung stellt das Amt unter anderem fest, dass inzwischen jedes sechste deutsche Unternehmen Im- und Export-Beziehungen zu Unternehmen in anderen EU-Staaten unterhält. Gegenüber 2001, als 400.000 deutsche Unternehmen Waren aus anderen EU-Staaten bezogen und/oder dahin lieferten, stieg die Zahl dieser Unternehmen auf 470.000 – das ist ein Anstieg um 17,5 Prozent. Fast zwei Drittel des gesamten deutschen Außenhandels wird inzwischen mit den 25 EU-Staaten abgewickelt. Nur 9,3% der deutschen Exporte gehen heute in die USA, 26,6 Prozent in andere Staaten außerhalb der EU, die verbleibenden 64,1% in die 25 EU-Staaten. 43,3 Prozent aller deutschen Ausfuhren gehen sogar in Staaten der Euro-Zone, sind also vor allen Wechselkursschwankungen sicher. Die Übersicht des Statistischen Bundesamtes relativiert also erheblich die Klagen der großen Konzerne über den hohen Euro-Kurs. Für fast die Hälfte aller deutschen Warenexporte besteht gar kein Wechselkursrisiko. Die Übersicht des Statistischen Bundesamtes macht aber auch einmal mehr deutlich, welcher Typus von Unternehmen im internationalen Handel dominiert. Nur 0,2% aller Unternehmen, das sind in absoluten Zahlen weniger als 1.000 Firmen, wickelten im letzten Jahr 56% des gesamten deutschen Außenhandels ab. „Die Zahl überrascht mich sehr“, kommentierte selbst ein Vertreter der Deutschen Bank. Im- und Export ist offensichtlich auch heute noch ein Geschäft nur für große Unternehmen.

Auf dem Weg zu einem gemeinsamen islamischen Dachverband

PE, 12.9. scc. Sieben islamische Verbände haben auf einer Tagung in Hannover einen wichtigen Schritt zur Gründung eines gemeinsamen Dachverbandes getan. Sie vereinbarten, ganz im Sinne des Aufbaus von unten nach oben, einheitliche Satzungsstrukturen für die gemeinsamen Landesverbände. Die bestehenden Landesverbände sind angehalten, diese neuen Strukturen in ihren Gremien umzusetzen; in den Bundesländern, in denen es zurzeit noch keine Zusammenschlüsse gibt, d.h. in NRW und den neuen Bundesländern, wird die im Februar eingesetzte Steuerungsgruppe entsprechende Initiativen für den Aufbau einer föderalen Vertretung anregen. Die Vereinbarung wurde unterzeichnet vom Islamrat, dem Zentralrat der Muslime, dem Verband der islamischen Kulturzentren, der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, der Schura in Hamburg sowie in Niedersachsen und der Islamischen Glaubensgemeinschaft. Von den großen Dachverbänden ist zurzeit einzig die Türkisch-Islamische Union (Ditib) an dem Prozess nicht beteiligt, hat aber erklärt, die Arbeiten nicht behindern und von außen wohlwollend begleiten zu wollen. Die Bildung von Vereinen oder Vereinigungen, die die Belange der muslimischen Minderheit gegenüber Staat und Gesellschaft vertreten, ist im Kontext des Islam, der keine Kirche und also keine Mitgliedschaften kennt, etwas re-

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

lativ Neues. Sie ist ein Schritt, die religiösen Belange der etwa drei Millionen Muslime gegenüber Staat und Gesellschaft zu vertreten und auf dem Weg zur rechtlichen Gleichstellung mit anderen Religionsgemeinschaften, insbesondere der christlichen und der jüdischen. Während Vertreter der Politik einerseits immer wieder fordern, einheitliche Ansprechpartner auf muslimischer Seite vorzufinden, gibt es andererseits im Untergrund enorme Störversuche aus den Innenbehörden und Verfassungsschutzämtern, die bestimmte Organisationen und Strömungen auszuschalten versuchen und damit den ohnehin schwierigen Einigungsprozess enorm belasten. Die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer einheitlichen Vertretung der Muslime auf Bundesebene sollen auf einem Kongress im November beschlossen werden.

Forderungen der Kommunen

ngo-online.de, 12.9. alk. Sowohl der Deutsche Städtetag, der vor allem die größeren Städte vertritt, als auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB), in dem kleinere Städte und Gemeinden organisiert sind, haben deutlich gemacht, dass sie egal, wer die Regierung stellen wird, um den Erhalt der Gewerbesteuer kämpfen werden. Der DStGB wiederholte seine Forderung nach Verankerung eines Konsultationsverfahrens im Grundgesetz, damit die Gemeinden bei der Gesetzgebung auf Bundesebene nicht einfach übergangen werden können.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund warnt vor einer Überforderung der Kommunen im Zusammenhang mit der Betreuung von Langzeitarbeitslosen. Der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Gerd Landsberg, sagte der „Süddeutschen Zeitung", die Kommunen würden es nicht hinnehmen, dass die Betreuung der Langzeitarbeitslosen vom Bund auf die Kommunen verlagert werde. „Jeder Versuch einer neuen Regierung, Hartz IV generell zu kommunalisieren, wird an unserem Widerstand scheitern", so Landsberg. Die Städte wären damit überfordert. Die Städte wollten aber innerhalb der bestehenden Zusammenarbeit mit den Arbeitsagenturen mehr Kompetenzen übernehmen. Landsberg warnte vor einer übertriebenen Privatisierung: „Der Glaube, man könne einen Großteil der öffentlichen Aufgaben der Wirtschaft überlassen, hat verheerende Folgen", sagte Landsberg. Er beklagte Tendenzen, die Privatisierung öffentlicher Aufgaben als Allheilmittel anzusehen.

Ein richtungsweisendes Urteil

BverwG, 10.9. scc. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich in der jetzt veröffentlichten Urteilsbegründung „zum Fall Pfaff" ausführlich mit der Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Krieges und der deutschen Beteiligung befasst. Major Pfaff war vom Truppendienstgericht degradiert worden, weil er sich geweigert hatte, an der Softwareentwicklung für ein militärisches Waffensystem mitzuwirken, von dessen Einsatz bei Kampfhandlungen im Irak er ausging. Pfaff hatte sich auf seine Gewissensfreiheit berufen und beim Bundesverwaltungsgericht Berufung eingelegt. Das BverwG sprach den Major vor zwei Monaten frei und arbeitete jetzt in seiner schriftlichen Urteilsbegründung die fehlende Rechtsgrundlage für die deutsche Unterstützung alliierter Truppen während des Irak-Krieges heraus. „Eine Beihilfe zu einem völkerrechtswidrigen Delikt ist selbst ein völkerrechtswidriges Delikt", begründet das Gericht seine Entscheidung. Die Richter stellten klar, dass sich der Soldat keines Dienstvergehens im Sinne des Soldatengesetzes schuldig gemacht habe und die Degradierung unzulässig sei. In der Begründung und den Leitsätzen zum Urteil äußerten die Richter „gravierende rechtliche Bedenken" gegen den Irak-Krieg und verwiesen auf eine fehlende rechtliche Grundlage nach Art. 51 der UN-Charta. Weder der Nato-Vertrag noch andere völkerrechtliche Verträge könnten die Bundesregierung zu unterstützenden Handlungen für die kriegführenden Nato-Partner verpflichten. Befehlen müssten gewissenhaft und nicht bedingungslos ausgeführt werden.

Zahlen zur Wohnungslosigkeit

www.bag-wohnungslosenhilfe.de, 7.9. alk. Beachtliche Erfolge, aber nach wie vor ungelöste Probleme sowie neue Problemkonstellationen – so lassen sich die Erkenntnisse des aktuellen Statistikberichtes der BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) zusammenfassen. Seit 1992 veröffentlicht die BAG Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W) regelmäßig ihren Statistikbericht zur Lebenssituation alleinstehender Wohnungsloser. Grundlage dieses Berichtes ist eine Stichprobe von knapp 17.000 Personen, der für das Jahr 2003 geschätzten 143.000 (alleinstehenden) Wohnungslosen, die als Hilfe suchende in den Einrichtungen und sozialen Diensten der Freien Wohlfahrtspflege auftraten. Der über das Internet abrufbare Bericht stellt auch Vergleiche zu den Jahren 1998 und 1993 her, so dass neben der aktuellen Lebenslage auch die Entwicklung und Veränderung der Lebenssituation der Klientinnen und Klienten im Hilfesystem der Wohnungslosenhilfe über einen Zeitraum von zehn Jahren beobachtet werden kann.

Mietschulden sind der dominierende Grund für den Wohnungsverlust. Wird dieser formalrechtliche Grund des letzten Wohnungsverlustes zwischen 1998 und 2003 und nach Geschlecht verglichen, dann ist die überproportionale Steigerung dieses Kündigungsgrundes bei den wohnungslosen Frauen auf einen gegenwärtigen Anteil von 37 % erkennbar. Aktuelle Auslöser des Wohnungsverlustes sind vor allem Ortswechsel, Trennung oder Scheidung, der Auszug aus der elterlichen Wohnung, die Miethöhe und bei den Frauen Gewalt durch Partner oder Dritte.

Erfreulich ist, immer mehr Wohnungslose, insbesondere Frauen, sind nur kurzzeitig von Wohnungslosigkeit betroffen, d. h. unter zwei Monate. Besonders besorgniserregend aber ist, dass im gleichen Zeitraum die extrem lange Wohnungslosigkeit, länger als fünf Jahre, von der vorwiegend Männer betroffen sind, mit einem Anteil von ca. 20 % nahezu konstant geblieben ist.

Bei der Betrachtung des Wohnungswunsches wird deutlich, dass sich knapp zwei Drittel der Wohnungslosen eine eigene Wohnung wünschen und etwas mehr als jede/r Zehnte die Unterbringung in einer stationären Einrichtung.

Die steigende Zahl junger wohnungsloser Männer und Frauen, die direkt aus der Herkunftsfamilie in die Wohnungslosigkeit rutschen sowie die zugespitzte Mietschuldenproblematik sind Ausdruck einer zunehmenden Verelendungsgefahr.

Die Wohnungslosigkeit junger Männer und Frauen ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die Wohnungslosen- und Jugendhilfe einerseits. Andererseits besteht die Notwendigkeit, die Hartz-Gesetzgebung daraufhin zu überprüfen, ob und wie die dort möglichen Sanktionsmaßnahmen gegen junge Leute unter 25 Jahren nicht zu einer weiteren Verschärfung dieses Trends der Verelendung und sozialen Ausgrenzung junger Erwachsener beitragen.

Da die Ergebnisse dieses Statistikberichtes sowie auch anderer Forschungsergebnisse zeigen, dass die Betroffenen sehr gut vorbeugend erreicht werden können, müssen gerade im Bereich der Prävention die Hilfen weiter ausgebaut und Mietschuldenübernahmen nicht erschwert werden – wie durch die Einführung der Hartz-Gesetzgebung geschehen.

Zusammenstellung: alk

Bundestagswahl mit überraschenden Ergebnissen

Welche Mehrheit für welche Programme?

Drei Tage nach der Wahl ist die Regierungsbildung noch vollständig offen. Schon vor dem Wahltag zeichnete sich ab, dass entgegen früheren Umfrageergebnissen eine schwarz-gelbe Mehrheit unsicher ist, aber dass das bürgerliche Lager mit zusammen 45% die Mehrheit so deutlich verfehlen würde, überrascht dann doch. Innerhalb dieses Lagers hat die FDP überraschend zugelegt, während die CDU/CSU gegenüber der letzten Bundestagswahl verloren und gegenüber selbst ihren schlechtesten Umfrageergebnissen einen regelrechten Einbruch erzielt. Das geht u.a. wohl auch darauf zurück, dass viele CDU/CSU-Anhänger v.a. im Süden aus Abneigung gegen Merkel – Frau, Osten, Protestantin – nicht zur Wahl gingen. Mehr ins Gewicht fallen dürfte allerdings, dass es Rot-Grün und insbesondere der SPD mit einer fast schon beispiellosen Kampagne gelungen ist, die Wähler über ihre Vorhaben zu täuschen, während die Konservativen ihre Absichten und Zielsetzungen einigermaßen offen legten und auch deshalb verloren.

Aber es fällt auch schwer, von einer Mehrheit links von Schwarz-Gelb zu sprechen, denn es ist gegenwärtig nicht zu sehen, in welcher Politik, in welchen Projekten sie sich realisieren könnte. Schröder hat sich dermaßen in seiner eigenen Täuschungskampagne verfangen, dass er selbst das Wahlergebnis noch umlügt und mit aufreizender Chuzpe den zukünftigen Kanzler gibt. Aber Rot-Grün ist mit zusammen 42,4% noch weiter von einer Mehrheit entfernt als Schwarz-Gelb. Weder SPD noch Grüne wollen mit der Linkspartei auch nur sprechen. Das verdeutlicht, dass sie eine Kursänderung zugunsten einer mehr an sozialer Gerechtigkeit – Umfragen nach der Wahl zeigen, dass für SPD-Wähler „soziale Gerechtigkeit" einen sehr hohen Stellenwert für ihre Wahlentscheidung hatte – und Entmilitarisierung orientierten Politik nicht ins Auge fassen.

So werden allerlei Konstellationen auf dem Markt gehandelt, von der großen Koalition über Schwarz-Gelb-Grün bis zu jeweils SPD- bzw. CDU-geführten Minderheitsregierungen, die dann jeweils von Rot bzw. Grün geduldet werden müssten. Wir haben in den folgenden Beiträgen erste Überlegungen angestellt, wie sich diese Situation in verschiedenen politischen Feldern auswirkt bzw. was sie für weitere Entwicklungen bedeutet.

Die Linkspartei hat ein gutes, ein in der Höhe ausgezeichnetes Wahlergebnis erzielt. Sie hat gegenüber 2002 im Osten erheblich zugelegt und das Ergebnis der PDS im Westen vervielfacht und dabei in einigen Bundesländern die im Hinblick auf kommende Landtagswahlen wichtige 5%-Hürde überwunden. Das Ergebnis bringt u.a. auch die starke Erwartung zum Ausdruck, dass Linkspartei.PDS und WASG den eingeleiteten Prozess zielstrebig fortsetzen. Eine genauere Analyse des Wahlergebnisses wird aber auch Probleme aufdecken, die auf Schwächen der Programmatik weisen und damit die Ausgangsbasis zukünftiger Oppositionsarbeit betreffen. Zu denken geben muss etwa, dass die Linkspartei zumindest in Großstädten nur unterdurchschnittlich Zustimmung bei jungen Wählern gefunden hat, eine Erfahrung, die man auf Wahlveranstaltung öfter machen konnte. *scc*

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik

Großangriff auf Arbeitnehmerrechte abgeschlagen, aber weiter Niedriglohnausbau, wenig Neues in der Wirtschaftspolitik

Das vermutlich wichtigste Ergebnis der Wahl ist aus Sicht der Gewerkschaften: Für den von Union und FDP angekündigten Großangriff auf Arbeitnehmerrechte in den Betrieben und auf die Rechte der Gewerkschaften gibt es kein demokratisches Mandat. Im Gegenteil: Die Parteien, die diesem Großangriff das Wort geredet haben, Union und FDP, haben zusammen sogar Stimmen verloren.

Die angekündigte Einschränkung des Kündigungsschutzes (die Union hatte den Kündigungsschutz erst bei Betrieben ab 20 Beschäftigten und erst nach zwei Jahren Beschäftigungszeit vorgesehen, die FDP erst ab 50 Beschäftigte und nach vier Jahren im Job, etwa 9 Millionen Beschäftigte wären damit außerhalb des Kündigungsschutzgesetzes geraten) wird nun nicht vollstreckt.

Ebenfalls auf Eis gelegt sind die Pläne von Union und FDP, die rot-grüne Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes wieder rückgängig zu machen (die FDP wollte obendrauf eine Freistellung von Betriebsräten erst ab 500 Beschäftigte zulassen – derzeit ist das ab 200 Beschäftigte vorgesehen), sowie die geplante Aushebelung des Flächentarifvertrags. Union und FDP hatten durch Änderung des Tarifvertragsgesetzes und des Betriebsverfassungsgesetzes den Weg freimachen wollen für so genannte „betriebliche Bündnisse", d.h. für Löhne weit unter Flächentarif und Arbeitszeiten weit darüber. All das wird jetzt so nicht gehen, die Genugtuung der Gewerkschaften, dass solche Vorhaben kein demokratisches Mandat bekommen haben, ist entsprechend groß. Dass die Angriffe auf Tarife und Arbeitszeiten von Unternehmerseite davon ungeachtet weitergehen, steht auf einem anderen Blatt. Aber eine Rückkehr zur Unternehmensführung nach Gutsherrenart, zu „Hire and Fire" beim Umgang mit Beschäftigten und zum Ende der Demokratie am Werkstor per Gesetz ist erst einmal nicht durchgekommen.

Andere Vorhaben bleiben. So tritt die von Rot-Grün beschlossene kürzere Dauer des Arbeitslosengeldes I (maximal 18 Monate statt bisher maximal 32 Monate) nun mit großer Wahrscheinlichkeit zum 1.2.2006 in Kraft. Der soziale Absturz für Beschäftigte, die ihren Job verlieren, wird also steiler und führt sie schneller nach unten, zum Ende beim ALG II. Das ALG II selbst wird nicht angehoben, weder auf 345 Euro in West und Ost noch auf 420 Euro, wie von der Linkspartei verlangt.

Auf der anderen Seite steht auch die von Union und FDP angekündigte Absenkung des Arbeitslosenbeitrags auf 4,5 Prozent in den Sternen. Wahrscheinlich ist deshalb auf dem Gebiet der Arbeitsmarktpolitik nur eine Einschränkung der Ein-Euro-Jobs. Nachdem neben den Gewerkschaften auch das Handwerk seine Proteste gegen diese subventionierten Billigstjobs verstärkt hat, hatten Roland Pofalla für die CDU und Dagmar Wöhrl für die CSU schon vor den Wahlen angekündigt, für sie seien 200.000 solcher Jobs bundesweit „an der oberen Grenze des Vertretbaren" (FAZ-Sonntagszeitung, 16.8.). SPD-Wirtschaftsminister Clement hatte landauf landab immer wieder mindestens 600.000 solcher Billigstjobs verlangt.

Gut möglich ist – bei einer großen Koalition ebenso wie beim „Jamaika-Modell" – dass die Subventionierung von Leiharbeit (Personalserviceagenturen, PSA) aufgegeben wird und die Genehmigung neuer Ich-AGs erheblich eingeschränkt wird.

Auf der Strecke bleiben dürften auch die von Rot-Grün angekündigten Mindestregelungen für Löhne, z.B. durch Ausweitung des Entsendegesetzes. Diese Ankündigung waren ohnehin lauwarm, mehr Show als ernsthafte Absicht, zumal Union, FDP, SPD und Grüne einer weiteren Ausdehnung des Niedriglohnsektors das Wort reden, unbeeindruckt von allen Warnungen der Wohlfahrtsverbände über eine sich rasch ausdehnende „Zone der Prekarität". Auf diesem Gebiet kann also die Linkspartei.PDS mit ihrer Forderung nach 1.400 Euro Mindestlohn weiter das, wie man heutzutage so schön sagt, parteipolitische „Alleinstellungsmerkmal" für sich reklamieren.

Wenig Streit bei Wirtschaft und Technologie

Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Technologiepolitik sind die Differenzen zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün in Wirklichkeit geringer, als nach außen hin dargestellt, so dass die derzeit gehandelten Koalitionsalternativen nicht immer auch Sachalternativen bedeuten.

Beim Thema Innovationen etwa hatte Merkel schon vor der Wahl angekündigt, das rot-grüne Projekt „Partner für Innovation" fortzuführen (Handelsblatt, 4.8.05). Unter Leitung von zwölf Konzernchefs, darunter Telekom-Chef Ricke, Bertelsmann, Siemens usw., tüfteln dort seit letztem Jahr mit Unterstützung des BDI und der Fraunhofer-Institute mehrere hundert Experten an neuen „Innovationskonzepten", etwa an mehr Austausch zwischen Hochschulen und Unternehmen, an staatlichen „Forschungsprämien" für Hochschulen, die viele Aufträge aus der Wirtschaft hereinholen, an mehr Technologietransfer usw. Diese Arbeitskreise werden unter jeder denkbaren Regierung weiter tagen. Auch beim Ziel, den Anteil der staatlichen und privaten Ausgaben für Innovation anzuheben (bis 2010 auf 3% des BIP, so die Vorgabe der EU), sind sich Rot-Grün wie Schwarz-Gelb einig. Und auch Ex-Siemens-Chef von Pierer dürfte egal sein, welche Koalition er innovationspolitisch berät, Hauptsache, die Fördergelder landen am Ende in seiner Firma.

Umstritten bleibt dagegen die Gentechnik, insbesondere im Bereich Nahrungsmittel. Da aber die Grünen der Chemieindustrie auf anderen Feldern (z.B. der „weißen Biotechnologie", also Waschmitteln, Farbstoffen usw.) schon weit entgegengekommen sind, gibt es auch auf diesem Gebiet Einigungsmöglichkeiten zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Ebenso bei der Solartechnologie, die jetzt auch in Kalifornien unter Gouverneur Schwarzenegger boomt, und beim Biodiesel, schon jetzt ein Renner unter den Kraftstoffen.

Strittig bleibt dagegen die Subventionierung der Windkraft. Aber da es hier auch um Jobs geht, z.B. in Niedersachsen, werden auch CDU-Länderchefs eher auf vorsichtige Kurskorrektur denn auf abrupte Stopps drängen.

Auch beim Thema Kernkraft bleibt Streit. Die Unionsankündigung einer längeren Laufzeit für Kernkraftwerke ist auch in eigenen Reihen umstritten und, da die Energiekonzerne nicht zu Preissenkungen bereit sind, nicht wirklich ein parteiinterner „Renner", zumal unbestritten ist, dass längere Laufzeiten für Kraftwerke das Innovationstempo bremsen. Wirklich spannend wäre, wenn Schwarz-Geld das Oligopol, die marktbeherrschende Stellung weniger Konzerne auf dem Strom-Markt aufbrechen wollte. Aber daran hat schon Rot-Grün nicht gerührt.

Einvernehmen besteht zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb, dass die öffentliche Investitionsquote angehoben werden muss. Sie liegt derzeit im EU-Vergleich wie im Vergleich zu vergangenen Jahren auf einem historischen Tief. Diese niedrige Investitionsquote belastet nicht nur die Bauwirtschaft und das ihr verbundene Handwerk, sie verschlechtert inzwischen auch die Qualität der öffentlichen Güter dermaßen, dass partei-übergreifend die Kritik immer schärfer wird. Nur wofür mehr investiert wird, ob für Straße oder Bahn, für Kitas und Ganztagsschulen oder für Elitehochschulen – darüber tobt weiter der Streit.

Gänzlich unklar ist, wie die Parteien sich eigentlich die europäische Wirtschaftspolitik in Zukunft denken. Dieses wichtige Feld – wie soll der nächste EU-Haushalt aussehen, was wird aus den EU-Strukturfonds, was aus der Dienstleistungsrichtlinie, was aus der Agrarpolitik? – wurde von allen Parteien im Wahlkampf im Dunkeln gelassen – vermutlich auch, weil dort die Konzepte und Ideen dünn gesät sind.

rül

Das Zweitstimmenergebnis im Ländervergleich

Erste Zeile: Wahl 2005, zweite Zeile: Wahl 2002. Alle Angabe in Prozent. *PDS 2002

	Wahl-beteiligung	CDU CSU	SPD	BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	FDP	DIE LINKE.	Sonstige
Baden-Württemberg	**78,7** 81,1	**39,2** 42,8	**30,1** 33,5	**10,7** 11,4	**11,9** 7,8	**3,8** 0,9	**4,3** 3,6
Bayern	**78,1** 81,6	**49,3** 58,6	**25,5** 26,1	**7,9** 8,6	**9,5** 4,5	**3,4** 0,7	**4,4** 1,5
Berlin	**77,4** 77,6	**22,0** 25,9	**34,4** 36,6	**13,7** 14,6	**8,2** 6,6	**16,4** 11,4	**5,3** 4,9
Brandenburg	**75,0** 73,7	**20,6** 22,3	**35,8** 46,4	**5,1** 4,5	**6,9** 5,8	**26,6** 17,2	**5,0** 3,8
Bremen	**75,5** 78,9	**22,8** 24,5	**43,0** 48,6	**14,3** 15,0	**8,1** 6,7	**8,3** 2,3	**3,5** 2,9
Hamburg	**77,6** 79,6	**28,9** 28,1	**38,7** 42,0	**14,9** 16,2	**9,0** 6,8	**6,3** 2,1	**2,2** 4,8
Hessen	**78,9** 80,2	**33,7** 37,1	**35,7** 39,7	**10,1** 10,7	**11,7** 8,2	**5,3** 1,3	**3,5** 3,0
Mecklenburg-Vorpommern	**71,4** 71,1	**29,6** 30,3	**31,7** 42,7	**4,0** 3,3	**6,3** 5,4	**23,7** 16,3	**4,7** 2,0
Niedersachsen	**79,4** 81,0	**33,6** 34,5	**43,2** 47,8	**7,4** 7,3	**8,9** 7,1	**4,3** 1,0	**2,6** 2,3
Nordrhein-Westfalen	**78,3** 80,3	**34,4** 35,1	**40,0** 43,0	**7,6** 8,9	**10,0** 9,3	**5,2** 1,2	**2,8** 2,5
Rheinland-Pfalz	**78,7** 80,0	**36,9** 40,2	**34,6** 38,2	**7,3** 7,9	**11,7** 9,3	**5,6** 1,0	**3,9** 3,4
Saarland	**79,4** 80,0	**30,2** 35,0	**33,3** 46,0	**5,9** 7,6	**7,4** 1,4	**18,5** 1,4	**4,7** 8,6
Sachsen	**75,9** 73,6	**30,4** 33,6	**24,3** 33,3	**4,6** 4,6	**9,8** 7,3	**23,0** 16,2	**7,9** 5,0
Sachsen-Anhalt	**71,0** 68,7	**24,7** 29,1	**32,7** 43,2	**4,1** 3,4	**8,1** 7,6	**26,6** 14,4	**3,8** 2,3
Schleswig-Holstein	**79,2** 80,9	**36,4** 36,0	**38,2** 42,9	**8,4** 9,4	**10,1** 8,0	**4,6** 1,3	**2,3** 2,4
Thüringen	**75,5** 74,8	**25,7** 29,4	**29,8** 39,9	**4,8** 4,3	**7,9** 5,9	**26,1** 17,0	**5,7** 3,5

Finanzierung imperialer Politik – wer muss dafür bezahlen?

Wie selbstverständlich war im Wahlkampf und in den Parteiprogrammen aller Parteien (ausgenommen der Linkspartei) „Deutschland“ groß geschrieben worden. Wir müssen als mittlere Macht unsere Rolle spielen, hieß es bei Rot-Grün, bei Schwarz-Gelb hieß es, wir bringen Deutschland wieder nach vorn. Aber wie? Mit den Wirtschaftsführern ist sich jede politische Farbkombination (außer der mit einer Beteiligung der Linkspartei, die deshalb keiner will) einig: der Staat muss beim Rahmen für das Wirtschaften mehr tun. Innovationskraft kommt nicht aus den Unternehmen, sondern bedarf zahlreicher öffentlicher Güter, bei denen der Eindruck entstanden ist, sie seien schon unter der Regierung Kohl, aber auch bei Rot-Grün etwas vernachlässigt worden: Die Ergebnisse des Bildungswesens seien im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich. Aber auch die Verkehrsinfrastruktur würde eine weitere Modernisierung und ein Zu-Ende-bringen geplanter Projekte erfordern. Die außenpolitischen und militärischen Konsequenzen einer Politik, die Deutschland als mittlere imperiale Macht zur Geltung bringen soll, sollen hier nicht dargestellt werden, dass sie aber auch viel kosten, steht fest. Einigkeit besteht also: der Staat soll mehr ausgeben.

Dem steht das knallharte Faktum gegenüber, dass die Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu hoch ist und eine Finanzierung durch Ausdehnung des Kredits wegen der Einbindung in die EU und den Eurowährungsraum nicht erlaubt ist. Daher wird jeder Finanzminister vermutlich als erstes den berühmten „Kassensturz“ öffentlichkeitswirksam vollziehen und dann eine Streichliste hervorziehen, die der im Wahlkampf bekannt gewordenen ziemlich ähnlich sehen wird.

Der grobe Kurs ist klar, er wurde ja auch schon mal groß-koalitionär vorbereitet mit dem sogenannten Koch-Steinbrück-Papier: Der stattliche Zuschuss zum Erwerb privaten Wohneigentums über die Eigenheimpauschale wird nicht bleiben. Tränen wird das allenfalls bei Grundstücks- und Immobilienbesitzern auslösen, die diesen Staatszuschuss vorab auf die Preise aufgeschlagen haben. Bisher war das aus taktischen Gründen an der Union gescheitert, die anderen waren längst dafür. Ein weiterer großer Posten, der Zuschuss zur beruflichen Mobilität, aber auch zur Umsiedlung aus den Städten ins Umland, die Pendlerpauschale, wird in der gegenwärtigen Höhe abgeschafft werden. Auch bei einer alternativen Koalition, wenn die Grünen ins bürgerliche Lager abwandern, ginge das problemlos, denn ökologisch lässt sich beides leicht begründen. Ein weitergehender so genannter Subventionsabbau wäre eher von einer schwarz-gelb-grünen Koalition zu erwarten als von einer Unions-/SPD-Regierung, weshalb einige Wirtschaftsführer bereits ihre Präferenz für eine solche Regierung geäußert haben (siehe Kasten). Stichworte wären dann: weg mit den Zuschüssen für die Förderung von Steinkohle, Solidarpakt Ost gezielter für die „Leuchttürme“ usw.

Vermutlich würde aber alles nicht ausreichen, um erstens die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte absehbar unter drei Prozent des Bruttosozialprodukts zu bringen, wie es die Euro-Kriterien verlangen, geschweige denn, um die vorgesehenen Investitionen zur Belebung des Binnenmarktes aufzubringen. „Reichensteuer“ und ähnliches waren Wahlkampfgedöns, sie brächten auch nicht das erforderliche Volumen. Daher steht die von Merkel für eine schwarz-gelbe Regierung angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer auf jeden Fall auf der Tagesordnung. Entweder als Beginn eines größeren Umbaus des Steuersystems in Richtung einiges mehr an indirekter, etwas weniger an direkter Einkommensbesteuerung im Falle der Beteiligung der Grünen an Schwarz-Gelb oder vermutlich

Schwarz-Gelb-Grün für Wirtschaft kein Tabu

Verbänden kommt es auf reformfähige Koalition an – Mittelstand verunsichert

Frankfurt/Main (AP) – Ebenso besorgt wie eindringlich hat die deutsche Wirtschaft an die Parteien appelliert, schnell eine handlungsfähige und reformorientierte neue Bundesregierung zu bilden. Neben einer großen Koalition können sich die Verbände auch eine „schwarze Ampel“ aus CDU/ CSU, FDP und Grünen vorstellen.

Nach dem unklaren Ausgang der Bundestagswahl müssten sich jetzt die Verantwortlichen zusammensetzen und unabhängig von den Koalitionsfarben für stabile Verhältnisse sorgen, hieß es am Montag aus den Verbänden.

Der *Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK)* geht davon aus, dass die neue Bundesregierung unter der Führung der Unionsparteien stehen wird. DIHK-Chef Ludwig Georg Braun zeigte sich in diesem Zusammenhang gleichermaßen offen für eine große Koalition aus Schwarz und Rot wie für ein Bündnis von Union, Liberalen und Grünen. Eine klare Absage erteilte Braun der Ampel Rot-Gelb-Grün. Notwendig sei in jedem Fall eine „stabile Regierung mit stabilen Mehrheiten“.

Bereits in der Wahlnacht hatte der Präsident des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI)*, Jürgen Thumann, von einem „bitter enttäuschenden“ Ergebnis gesprochen und die Bildung einer großen Koalition gefordert. Er appellierte in diesem Zusammenhang an die großen Volksparteien, sich ihrer hohen Verantwortung für Reformen bewusst zu sein.

Der Präsident des *Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels,* Anton Börner, bedauerte, dass es nicht zu einer Richtungsentscheidung gekommen sei. Allerdings würde eine schwarz-gelb-grüne Koalition wesentlich schneller und zielorientierter die Modernisierung durchsetzen können als eine viel behäbiger funktionierende große Koalition, sagte Börner. Zudem sollte die FDP als Wahlgewinner in der Regierung sein.

Nach Ansicht des *Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels (HDE)* darf sich jetzt keine der demokratischen Parteien der Reformaufgabe entziehen. „Eine instabile Regierung und Dauerwahlkampf mit ungewissem Ausgang wären das Letzte, was unser Land braucht, um endlich wieder nach vorne zu kommen“, sagte der HDE-Chef Hermann Franzen.

Der Präsident des *Automobilbranchenverbandes VDA,* Bernd Gottschalk, erklärte, die Parteien müssten mit Höchstgeschwindigkeit ihre Programme auf Gemeinsamkeiten abklopfen, „schnell Trennlinie zwischen Wünschbarem und Machbarem ziehen und am Ende entscheiden, was geht und was nicht“.

Für ein Bündnis von SPD und Union setzte sich der *Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA)* ein. Verbandschef Dieter Brucklacher sagte, es gelte jetzt rasch eine stabile Regierung mit klaren Reformperspektiven einzusetzen. „Eine große Koalition wäre hierfür angesichts des Wahlausgangs der vernünftigste Weg“, erklärte Brucklacher.

Der *Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft* rief die Parteien auf, nach dem unklaren Ausgang der Bundestagswahl Handlungsfähigkeit zu beweisen. Hauptgeschäftsführer Jörg von Fürstenwerth erklärte in Berlin, nachdem das Wahlergebnis keine verlässliche Basis für die notwendigen Reformen geschaffen habe, seien jetzt „alle Reformorientierten in der

einfach nur als Geldbeschaffung im Falle von Schwarz-Rot. Wobei die SPD in diesem Falle wieder das Problem hat, dass sie Wahlversprechen nicht hält, sie könnte das aber in diesem Fall auf „die anderen“ schieben.

Nach wie vor steht die so genannte „Föderalismus-Reform“ aus. Dabei geht es nicht zuletzt um eine neue Verteilung der öffentlichen Finanzen auf die verschiedenen politischen Ebenen. Die Kommunen haben in Befürchtung, dass sie unabhängig von der politischen Konstellation auf Bundesebene ihre Aufgaben nicht vernünftig finanzieren können, bereits vor der Wahl deutlich gemacht, dass sie nicht kampflos eine Umverteilung von den Gemeinden hin zum Bund hinnehmen werden. Genau das droht aber bei einer Aufgabensetzung, die sich von „Deutschland“ her ableitet, und nicht von den einzelnen Menschen, die Wirtschafts- und Gesellschaftssubjekte sind, und die, wie das Wahlergebnis zeigt, nicht „durchregiert“ werden und keine Objekte angeblich höherer Ziele sein wollen.

Umbau des Sozialstaates, weniger über Lohnabzüge, mehr über indirekte Steuern

Alle Politikberater der verschiedenen Lager, die Rürups und die Lauterbachs usw., sind sich einig, dass bei den Sozialversicherungen der begonnene Umbau fortgesetzt werden soll. Die Richtung ist: Der Finanzierungsanteil über den Lohnabzug soll reduziert werden, direkte Zahlungen (Eigenbeteiligungen aller Art) und die Finanzierung über die öffentlichen Haushalte, also über die Steuer, sollen erhöht werden. Weil eine so große Einigkeit besteht, schien es dem Wähler vermutlich am vernünftigsten, keinem Lager einen eindeutigen Vorsprung zu geben, damit bei den Details, auf die es in dem Fall auch tatsächlich ankommt, auf ein möglichst großes Interessenspektrum Rücksicht genommen werden muss.

Bei der Rentenversicherung konnte man in der Fernsehshow vor der Wahl schon die große Übereinstimmung zwischen Merkel und Schröder beobachten. Der Rentenbeitrag aus Lohnabzug soll konstant bleiben, die Anreize, dass jeder, der kann, eine kapitalgedeckte Rentenversicherung abschließt, sollen erhöht werden. Das faktische Renteneintrittsalter soll erhöht werden (das gesetzliche vielleicht auch noch). Die Rentenhöhe wird einstweilen belassen. Auch die FDP und die Grünen würden sich hier wiederfinden können.

Bei der Finanzierung der Gesundheitskosten scheinen die Differenzen größer: Dem Modell der Bürgerversicherung bei Rot-Grün (alle sollen einzahlen, weitere Einkunftsarten werden hinzugezogen) steht das Modell der Prämie (Kopfpauschale) von Schwarz-Gelb gegenüber (jeder zahlt den gleichen Beitrag, Einkommenslose und Niedrigverdiener werden subventioniert). Beide Modelle sind aber Modelle, nicht ins letzte Detail durchgerechnet und auch in den jeweiligen Lagern nicht unumstritten. Dazu ist aus den Erfahrungen in anderen Ländern bekannt, dass sie in der jeweiligen Reinform eher dazu führen, dass die Gesamtkosten für das Gesundheitswesen steigen. Es bleibt aber eine relativ einfache Möglichkeit, die dem Zweck der Senkung des Bruttolohns dient und als Koalitionskompromiss taugt: die Deckelung oder gar Senkung der Arbeitgeberbeiträge, eventuell gegenfinanziert durch eine erhöhte Ökosteuer oder Mehrwertsteuer, hier sind Spielwiesen für verschiedene Koalitionsoptionen vorhanden. Dazu könnte, je nach Kombination der politischen Kräfte, eine Erhöhung der „Eigenverantwortung“ kommen. Die Erfahrungen mit der 10-Euro-Praxis-Gebühr, die anscheinend doch zu einem Rückgang der Inanspruchnahme ärztlicher Leistungen geführt hat, ließen sich übertragen auf die Einführung eines Karenztages bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit, auch das würde die Bruttolohnkosten noch einmal senken.

Fazit: Verschiedene möglich politischen Konstellation können auf den wesentlichen Politikfelder der sozialen Absicherung der Staatsfinanzierung jeweils behaupten, ihre Vorhaben seien alternativlos, wenn „Deutschland“ wieder nach vorne soll; eine bekannte Metapher aus den Zeiten von Rot-Grün. Gesellschaftlicher Widerstand ist damit aber nicht gegenstandslos und nicht aussichtslos. Er besteht dann weniger in großen Alternativentwürfen als in der Kritik an Ungerechtigkeiten und Durchsetzung von sozialer Handhabung. *alk*

Pflicht, miteinander zu sprechen“.

Auch der *Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI)* hofft auf eine reformfreudige Regierung. Eine neue Regierungskoalition dürfe nicht eine Politik des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ betreiben. Vielmehr müsse der „Mut zu den dringend notwendigen Reformen“ obsiegen.

Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer des *Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW)*, drängt auf einen „Kurswechsel“ in der Energiepolitik: „Unabhängig von Parteifarben braucht Deutschland endlich ein energiepolitisches Gesamtkonzept.“ Die vier Atomkraftwerksbetreiber äußerten sich nicht konkret zu den unterschiedlichen Möglichkeiten der Regierungsbildung.

Laut *Bundesverband der Selbstständigen (BDS)* hat der Wahlausgang den Mittelstand stark verunsichert. 84 Prozent sähen das Ergebnis „eher negativ“, teilte der Verband nach einer Blitzumfrage unter 822 Unternehmern mit. 81 Prozent der Befragten sagten, dass die Wirtschaft nun „gebremst“ werde. 48 Prozent wollten als Konsequenz des Wahlergebnisses weniger investieren, 36 Prozent würden Arbeitsplätze abbauen.

Stuttgarter Nachrichten, 20.9.2005

CDU/CSU zu bremsen?

Autoritärer Staat und Kulturkampf

Auf dem Feld der Innen- und Rechtspolitik drohen unter der Führung der CDU/CSU der Ausbau des staatlichen Repressionsapparates und weitere Schritte in Richtung Schließung der Gesellschaft. Die Frage ist nur, in welcher Koalition dieses konservativ-reaktionäre Bestreben etwas stärker gebremst

Vertreibungsdruck wächst. Bild: Afghaninnen gegen ihre drohende Abschiebung

wird.

In ihrem im Juli vorgelegten „Regierungsprogramm“ legt die Union ihren innen- und rechtspolitischen Schwerpunkt zum einen auf den „Konsequente[n] Kampf gegen Terror, Kriminalität und Vandalismus“ – hier lautet das Stichwort „Null Toleranz“ – , zum anderen auf die Begrenzung der Zuwanderung und „Stärkung“ der Integration – und auch hier könnte das Kapitel ohne weiteres die Überschrift „Null Toleranz“ tragen. Sowieso sieht die Union beides in untrennbarem Zusammenhang. Ob Einsatz der Bundeswehr im Inneren, weitere Verzahnung von Polizei und Nachrichtendiensten, Sicherungshaft, Maßnahmen gegen „Parallelgesellschaften“ oder Begrenzung der Zuwanderung – die innenpolitische Programmatik der CDU/CSU ist geprägt durch das Feindbild des die deutsche Gesellschaft belastenden, integrationsunwilligen, islamisch-islamistischen, potenziell terroristischen „Zuwanderer[s] aus fremden Kulturkreisen“.

Wenige Tage vor der Wahl brachte der bayerische Innenminister und für das Amt des Bundesinnenministers bereit stehende Beckstein einen Haufen Vorschläge zur Maßregelung von Ausländern aufs Tapet. Wer sich weigere, einen Integrationskurs zu besuchen, solle mit Sanktionen belegt werden, konkret: „Wir wollen, dass das Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe dann um bis zu zehn Prozent gekürzt werden.“ Dazu plane die Union ein Gesetz. Ein zweites Gesetzesvorhaben in diesem Zusammenhang solle ermöglichen, potenzielle Terroristen, „gefährliche Ausländer“, die nicht abgeschoben werden könnten, in Sicherheitsgewahrsam zu nehmen. Kurz zuvor hatte er, um einen Eindruck vom Umfang der Repressionsdrohung zu geben, eine Zahl von 3000 bis 5000 „gewaltbereiten Islamisten“ in der Öffentlichkeit lanciert. Als drittes bekräftigte Beckstein die Forderung, die Bundeswehr bei der Fußball-WM 2006 an Bahnhöfen, Flughäfen oder Botschaften einzusetzen.

Der Vorwurf, es handele sich um Wahlkampfgetöse und Beckstein habe dabei überzogen, trifft die Sache nicht. Ende letzten Jahres hatte die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag einen Antrag eingebracht – „Politischen Islam bekämpfen – Verfassungstreue Muslime unterstützen“ (Drucksache 15/4260) -, mit dem sie ihren Kurs des Kulturkampfes in Teilen darlegte. Der Argumentationsgang ist ungefähr folgender: Das Leben eines Teils der Muslime spielt sich in abgegrenzten Parallelgesellschaft ab. Hier entwickelt sich unter ausländischem Einfluss und von ausländischen Terrorgruppen finanziert ein politischer Islamismus, der die Gesellschaft bedroht und dessen Zusammenhang zu terroristischen Anschlägen immer stärker zu Tage tritt. Die politischen Islamisten, deren man über 30.000 ausgemacht hat, sind besonders gefährlich, erstens weil sie über ihre Moscheen viele weitere Muslime erreichen und zweitens weil sie eine „Doppelstrategie“ verfolgen, täuschen und sich tarnen. So gäben sie sich in deutscher Sprache offen und dialogbereit, während sie in arabisch- oder türkischsprachigen Medien das Ziel einer islamischen Parallelgesellschaft verfolgten. So gäben sie sich „zwar augenscheinlich integrationsbereit …, tatsächlich (sind sie) aber nicht bereit, sich voll und uneingeschränkt auf den Boden unserer Verfassung zu stellen“. Besonders übel sei, wenn, wie etwa vom Zentralrat der Muslime, über „wohlklingende Konstruktionen“ versucht werde, „die Geltung unserer Rechtsordnung aus der Scharia abzuleiten“ – „dem entgegen ist festzuhalten, dass die bundesdeutsche Rechtsordnung zu ihrer Gültigkeit (nicht) auf die Scharia angewiesen ist“. Gerade darin wird deutlich, dass die Union nicht konkrete Taten als gefährlich einstuft, nicht konkrete Verletzungen der Verfassung etwa, sondern bereits eine Zustimmung zur Verfassung als inakzeptabel bekämpft, die ihre Gründe aus anderen als christlichen oder christlich-abendländisch geprägten Weltanschauungen bezieht. Der Antrag der Unionsfraktion gipfelt in einem Forderungskatalog, der auf umfassende Überwachung, Kontrolle, Repression und Ausgrenzung der muslimischen Gemeinden hinausläuft und zahllose Zumutungen enthält.

Auf einer Veranstaltung der Schura Hamburg, d.h. des Rates der islamischen Gemeinschaften, sagte deren Vorsitzender voll Bitternis, dass viele Muslime, die z.T. seit Jahrzehnten hier leben und nie vorhatten, in ihre bzw. ihrer Eltern Herkunftsländer zurückzukehren, inzwischen „auf gepackten Koffern sitzen“. Der Vertreibungsdruck auf die drei Millionen Muslime im Lande ist bereits jetzt sehr groß, und er wird in dem Maße wachsen, in dem die CDU für den christlich-abendländischen Kulturkampf den Staatsapparat auf allen Ebenen einsetzt.

Programmatisch klaffen die diesbezüglichen Vorstellungen der CDU/CSU und die der anderen für eine Koalition in Frage kommenden Parteien auseinander. In der Praxis sieht das schon etwas anders aus. Sanktionen gegen Ausländer im Fall z.B. ihrer Weigerung, Integrationskurse zu besuchen, sind sowohl im Zuwanderungsgesetz wie im Sozialgesetzbuch im Rahmen von Hartz IV vorgesehen. Im Hinblick auf den starken Staat liegen Schily und Beckstein so eng beieinander, z.B. in Sachen Sicherungsgewahrsam oder Festungsbau (Flüchtlingslager in Afrika und Osteuropa), dass Springers „Welt“ den Sozialdemokraten schon vor Wochen als SPD-Führungsfigur für eine große Koalition handelte. Ob und wie weit SPD, FDP oder Grüne beim Kulturkampf mitgehen oder ihm Widerstand entgegensetzen, lässt sich an der Frage des Kopftuchverbots ermessen. In der SPD gibt es kaum grundsätzliche Vorbehalte. Die FDP bekennt sich zwar offiziell zu „kultureller Vielfalt“, Junge Liberale warben mit einem Kopftuch-Plakat und der Unterzeile „Mehr Vielfalt“ im Wahlkampf für die FDP, aber in Baden-Württemberg und jetzt auch in NRW tragen die Liberalen das Kopftuchverbot mit. Dass die Grünen in einer Koalition mit Schwarz-Gelb Repressionsmaßnahmen gegen die muslimische Bevölkerungsgruppe, wie sie von der CDU/CSU verfochten werden, mittragen, ist gegenwärtig schwer vorstellbar – andererseits war Widerstand gegen Schilys Politik von ihnen auch wenig zu spüren.

Wichtig ist, dass die Linkspartei sich nicht nur gegen die Angriffe auf die Bürgerrechte und gegen die Aufrüstung des Staates positioniert, sondern die Verteidigung der kulturellen Vielfalt zu einem ihrer wesentlichen Anliegen macht. Dann ist es vielleicht auch möglich, an einigen Punkten die christlichen Kulturkämpfer der CDU/CSU in die Minderheit zu bringen. *scc*

Mehrere tausend Menschen, weniger, als von den Veranstaltern erwartet, demonstrierten am 17.9. in Amsterdam gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Aufgerufen hatten zahlreiche Migrantenorganisationen, sie wurden unterstützt von Kirchen, jüdischen Organisationen und linken Parteien. Seit dem 11.9. habe die Konfrontation gegenüber den Migranten im Allgemeinen und den Muslimen im Besonderen erheblich zugenommen, heißt es in dem Aufruf. In keinem europäischen Land gibt es so viele rassistische Angriffe wie in den Niederlanden. Vor allem die Regierungspolitik sei für die grundlegende Klimaverschlechterung und die zunehmende antiislamische Stimmung verantwortlich, kritisiert das Bündnis „Genug ist genug". So werden die Integrationskosten einseitig auf die Zuwanderer abgewälzt, die Aufenthaltsregelungen z.B. für Frauen verschärft. In Vorbereitung sind Gesetze gegen die Gründung islamischer Schulen oder die Abschiebung von Menschen mit niederländischer Staatsbürgerschaft, die aus den Antillen stammen. Geplant sind auch Freiheitsbeschränkungen ohne konkreten Verdachtsgrund.

Einige der verabschiedeten Gesetze bzw. Gesetzesvorhaben verstoßen eindeutig gegen die Europäische Menschenrechtskonvention. (Quelle und Bilder: Indymedia Niederlande und die Homepage von Genug ist genug)

Stadträte von Chicago und Philadelphia für sofortigen Rückzug aus dem Irak

Nach dem Stadtrat in San Francisco haben jetzt auch die Stadträte in zwei weiteren Großstädten der USA, Chicago und Philadelphia, Resolutionen verabschiedet, in denen sie den Rückzug der US-Truppen aus dem Irak fordern. Unmittelbar zuvor hatten entsprechende Resolutionen außerdem die Stadträte in Evanston und Gary passiert. In Chicago stimmten bei 12 Enthaltungen 29 für und nur 9 gegen die Aufforderung an die US-Regierung, „unverzüglich den planmäßigen und schnellen Rückzug aus dem Irak einzuleiten". Mit der Resolution wird auch kritisiert, dass die Bürger Chicagos für die Kriegen in Afghanistan und Irak anteilig 2,1 Mrd. $ ausgegeben haben. In der fast gleichlautenden Resolution, die der Stadtrat in Philadelphia verabschiedet, ist aufgelistet, was mit den Kosten, die die Kriege den Steuerzahlern der Stadt aufbürden, bei anderer Verwendung hätte erreicht werden können, z.B. die Einstellung und Bezahlung für ein Jahr von 12.192 Lehrern öffentlicher Schulen oder die Krankenversicherung für 421.271 Kinder oder der Bau von 6.334 Sozialwohnungen. *(Quelle: Indymedia Chicago und Philadelphia)*

Katastrophenschutz und Irak-Krieg

In einer Erklärung von „United for Peace and Justice" unter dem Titel „Die Golfkriege" kritisiert die US-amerikanische Friedensorganisation u.a.: „Der Krieg im Persischen Golf hat direkte Auswirkungen auf die sich ausbreitende Katastrophe in unseren südlichen Bundesstaaten. Das Budget für Flutkontrollen, Verstärkung der Dämme, Evakuierung und Hilfe waren unzureichend und sind kürzlich noch weiter reduziert worden. Allein in New Orleans wurden im Haushalt im vergangenen Jahr 71 Mio. US-$ für Flutkontrollen gestrichen. Zur gleichen Zeit wurden über 200 Mrd. US-$ im Irak verschwendet. Wo sind die Riesenhelikopter geblieben, die gestrandete Menschen retten könnten? Wo sind die klimatisierten Riesenzelte und die Fertigmahlzeiten, die den Flüchtlingen Dach und Nahrung spenden könnten – dieselben Zelte und Mahlzeiten, mit denen Halliburton so teuer den Irak beliefert? Wieso sind 35 bis 40% der Nationalgrade von Luisiana und Mississippi im Irak auf Todesmissionen anstatt zu Hause, wo sie so dringend benötigt werden?" (Quelle: *www.friedensratschlag.de)*

AUSLANDS NACHRICHTEN

Hungerstreik in Guantánamo weitet sich aus

Nach Berichten der New York Times weitet sich der seit Wochen andauernde Hungerstreik im US-Gefangenenlager Guantánamo weiter aus. Danach verweigern inzwischen 200 der 500 Gefangenen die Nahrungsaufnahme, berichtet die Zeitung unter Berufung auf Regierungsbeamte und Anwälte. 20 Gefangene würden derzeit im Krankenhaus mit Magensondern und intravenös zwangsernährt. Die Armee habe schon verschiedene – vergebliche – Versuche unternommen, den Hungerstreik zu beenden. Ein Beamter sagte gegenüber der Zeitung, das Militär fürchte, die Situation nicht mehr unter Kontrolle zu bekommen. Der Hungerstreik hatte am 8. August begonnen. Grund ist laut dem US-Zentrum für die verfassungsmäßigen Rechte (CCE), dass Gefangene geschlagen und ihnen grundsätzliche Bedürfnisse verweigert wurden. CCR-Anwälte verteidigen mehrere Gefangene. *('Quelle: Standard vom 19.9.)*

Norwegen zieht weitgehend ab

Der designierte norwegische Ministerpräsident Stoltenberg hat nach seinem Wahlsieg den Abzug der norwegischen Soldaten aus dem Irak angekündigt. Von den 140 in Basra stationierten Soldaten sollen zehn im Irak verbleiben und sich an der Ausbildung der irakischen Sicherheitskräfte beteiligen. Der Abzug der übrigen beginnt bereits in diesen Tagen.

Aufruf für die Freilassung der „Cuban Five"

3000 Intellektuelle, Künstler und Nobelpreisträger aus aller Welt, darunter Gerard Depardieu, Desmond Tutu, Nadine Gordimer, Noam Chomsky, Harry Belafonte, unterzeichneten in diesen Tagen einen Aufruf für die unverzügliche Freilassung der so genannten „Cuban Five", fünf kubanischen Gefangenen in den USA, die ein Gericht in Miami 2001 wegen angeblicher Spionage für Kuba zu Haftstrafen von 15 Jahren bis lebenslänglich verurteilt hatte. Im Mai hatte bereits die UN-Menschenrechtskommission festgestellt, dass die Verhaftungen nach internationalen Standards willkürlich waren. Im August hob das Berufungsgericht in Atlanta die Urteile auf und ordnete neue Verfahren an einem anderen Ort an. Die Staatsanwaltschaft hat jetzt 6 Monate Zeit, ein solches neues Verfahren anzustrengen. Die fünf Kubaner sind seit genau sieben Jahren inhaftiert.

Zusammenstellung: scc

LANGENHAGEN. Ca. 500 Schüler protestierten am 13.9.2005 gegen die Abschiebung von drei pakistanischen MitschülerInnen und ihrer Familie. An der Demonstration waren SchülerInnen verschiedener Langenhagener Schulen beteiligt, zum Teil trotz ausdrücklichen Verbots seitens der Schulleitung. Zunächst überreichten sie 1800 zuvor gesammelte Unterschriften an die Bürgermeisterin. Anschließend zogen die aufgebrachten Jugendlichen durch den Langenhagener Stadtkern, um ihrem Unmut über die Abschiebebehörden lautstark Ausdruck zu verleihen. Zeitweise kam es zu Sitzblockaden, so dass der örtliche Verkehr erheblich gestört wurde. Wohl wegen des öffentlichen Drucks gab zwei Tage später der Fachbereichsleiter der Ausländerbehörde der Region Hannover auf Anfrage bekannt, dass die Möglichkeiten der medizinischen Versorgung in Pakistan für die an Diabetes leidende zehnjährige Tochter der Familie erneut überprüft werden. Diese Überprüfung sei frühestens Anfang November abgeschlossen, so dass die Duldung der Familie bis dahin verlängert werde. Ziel der SchülerInnen bleibt es weiterhin, eine Abschiebung zu verhindern. *Aal – http://de.indymedia.org*

Demonstration für einen guten, betreuten Schwimmunterricht

HAMBURG. 300 SchülerInnen und ihre Eltern demonstrierten am 14.9.2005 unter dem Motto „Lehrschwimmbecken statt Leerschwimmbecken". Ausgestattet mit Schwimmflügeln, Taucherbrillen und Badekappen zogen sie vom Gänsemarkt rund um die Binnenalster. Hintergrund der Aktion ist der Beschluss des Senats, am 15. Dezember 2005 sämtliche Lehrschwimmbecken in Hamburg zu schließen. Betroffen sind nicht nur die neun Grund-, Haupt- und Realschulen, die auf ihrem Gelände eine eigene Schwimmhalle betreiben, sondern die Schülerinnen und Schüler von rund 80 Schulen sowie zahlreiche Vereine, die bislang die Lehrschwimmbecken für ihren Sport- und Schwimmunterricht nutzen. Wie der Schwimmunterricht nach dem 15. Dezember geregelt sein wird, ist noch unklar. Die GEW kritisiert den Einschnitt des Senats deshalb als nicht nachvollziehbar und gefährlich: „Kinder brauchen einen guten, angemessen betreuten Schwimmunterricht." *taz 15.9., www.gew-hamburg.de*

Volksbegehren und Demonstration gegen Blindengeldkürzung

ERFURT. 45.000 Unterschriften gegen die faktische Abschaffung des Blindengeldes übergab der Landesblindenverband am 15. September am Rande der Plenarsitzung im Thüringer Landtag. Dabei kündigte der Vorsitzende des Blindenverbandes, Peter Och, ein Volksbegehren und eine Demonstration am 8. Oktober in Erfurt an. In Thüringen leben nach Angaben des Sozialministeriums rund 5.000 Blinde und stark Sehbehinderte. Mehr als 90 Prozent sind älter als 40 Jahre. Bislang bekommen alle Betroffenen Blindengeld: bis zum 18. Lebensjahr 200 Euro, für ältere 400 Euro. Im Haushalt schlägt das mit jährlich 19 Millionen Euro zu Buche. Künftig soll Blindengeld nur noch bis zum 27. Lebensjahr gezahlt werden, bis 18 Jahre 200 Euro, danach 300 Euro. Wer älter ist, kann Blindenhilfe beantragen, die einkommensabhängig ist. Das Land setzt auf Einsparungen in Millionenhöhe. *www.herz-fuer-abgeordnete.de*

Grundrechte für Kurden außer Kraft

HAMBURG. Rund 150 Menschen protestierten am Sonnabend, den 10.9. gegen das Verbot der kurdischen Tageszeitung Özgür Politika. Die Polizei nahm ein Schild mit der Aufschrift „Özgür Politika ist meine Stimme" und dem originalen Schriftzug der Zeitung zum Anlass, die Versammlung gleich zu Beginn gezielt zu provozieren. Obwohl die Kurdin, die das Plakat trug, es auf Verlangen der Polizei unverzüglich aus der Hand legte, machte ein Polizeitrupp einige Zeit später Jagd auf sie. Man nahm sie und ihre kleine, vor panischem Entsetzen schreiende Tochter fest und zerrte sie unter Anwendung von Gewalt in einen Polizeiwagen, ohne dass sie auch nur wusste, warum – sie spricht kein Deutsch, und die Polizei ließ keinen Dolmetscher zu ihr und riegelte die Kundgebung rigoros ab. Trotz dieses rohen, willkürlichen Vorgehens ließen sich die Versammelten nicht provozieren und führten die Kundgebung friedlich, wenngleich niedergedrückt zu Ende. Auch in Frankfurt am Main demonstrierten mehrere hundert Kurden gegen das Verbot der Zeitung. *scc*

„Zapfenstreich abpfeifen!"

BERLIN. Das Büro für antimilitaristische Maßnahmen (Bamm) ruft für den 26. Oktober zu einer Demonstration anlässlich des „Großen Zapfenstreichs" ab 17 Uhr Alexanderplatz auf. In dem Aufruf heißt es: „Seit Juni dieses Jahres überzieht die Bundeswehr das ganze Land mit öffentlichen Gelöbnissen, Zapfenstreichen, Waffenshows und anderen Darbietungen des Militarismus, um den 50. Jahrestag ihrer Aufstellung zu feiern. Den Höhepunkt dieser Selbstinszenierung soll ein Großer Zapfenstreich vor dem Berliner Reichstagsgebäude am 26. Oktober darstellen. Wir rufen zu Protesten gegen dieses Militärspektakel auf. Das Motto des Feiermarathons lautet „50 Jahre entschieden für Frieden", das Tagesmotto des Berliner Zapfenstreiches: „50 Jahre Parlamentsarmee" – nichts ist weniger zutreffend als diese Propagandaformeln. Wer sich als Parlamentsarmee versteht, lädt sich nicht 7500 exklusive Ehrengäste ein, um sich mit 9000 Polizisten von der Mehr-

heit der Bevölkerung abzuschotten … Gegen die Selbstverherrlichung der Truppe setzen wir unsere Forderungen: * den Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee stoppen! Eliteeinheiten auflösen! * Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – auch nicht im Rahmen von EU, Nato oder UNO! * Bundeswehr abschaffen!“ *www.bamm.de/zapfnix*

Bis zu 300 AtomkraftgegnerInnen blockierten Zwischenlager Gorleben

GORLEBEN. Bis zu 300 Atomkraftgegner blockierten am Sonnabend, den 10.9.2005 den Haupteingang des Atommüll-Zwischenlagers in Gorleben. Ihr Ziel, das Zwischenlager zu besetzen, erreichten die Demonstranten nicht. Die Leitern, die sie mitgebracht hatten, stellte die Polizei innerhalb weniger Minuten sicher. Trotz der relativ großen Polizeipräsenz gelang es später jedoch rund 50 Castor-Gegnern, bis zum Tor des Zwischenlagergeländes vorzudringen und sich dort zu einer Sitzblockade niederzulassen. Vier Aktivisten der Umweltschutzorganisation Robin Wood, kletterten im Eingangsbereich auf Laternenmasten vor und hinter dem Zwischenlagertor. Hektisch wurde es, als rund 50 Demonstranten die Polizeiabsperrung entlang des äußeren niedrigen Maschendrahtzauns durchbrachen und mit der Polizei ein Katz- und Mausspiel veranstalteten, bei dem es zu Rangeleien zwischen den Protestierern und der Einsatzkräften kam. Man wollte mit der Blockade auf das weiter ungelöste Problem der Atommüllentsorgung hinweisen, sagte Jochen Stay von der Anti-Atom-Initiative „x-tausendmal quer“. Nächste Schritte des Protestes werden die bundesweite Demonstration gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien am 5.11. in Lüneburg, die Aktionen gegen den Castor-Transport nach Gorleben Mitte November und der Widerstand gegen die Fortsetzung des Endlagerbaus sein. *www.castor.de*

Aktionsbündnis Sozialproteste berichtet über Aktionen und Pläne

BERLIN. An dem dezentraler Aktionstag der sozialen Proteste am 5. September 2005 beteiligten sich laut Aktionsbündnis mehrere Tausend Menschen in 57 Städten. Das Bündnis erklärt dazu: „Die herrschenden Parteien müssen in Zukunft wieder mit ungleich mehr Protesten rechnen. Nach den Wahlen wird auch eine schwarz/gelbe Bundesregierung wieder mit sozialen Widerständen rechen müssen, wenn die sozialen Protestinitiativen, die Linkspartei und Teile der Gewerkschaften sich getrennt und zusammen neu formieren. Die dezentralen Netzwerke der Sozialproteste stellten unter Beweis, dass sie lebendigen, provozierenden und kreativen Protest zu organisieren:

- in dreißig Städten finden gerade Montagsdemonstrationen statt,
- in fünf Arbeitsagenturen sind Aktionen durchgeführt worden. In Oldenburg haben 70 Menschen einen Flur in der Arbeitsagentur besetzt und eine Beratung von Unten angeboten.
- Vielfältige Aktionen fanden statt, wie das Armutsgewöhnungscamp in Hannover, der Markt der Grausamkeiten auf dem Berliner Breitscheidplatz, Sklaventreiben in Nordhausen. In Peine werden Arbeitslose der Zukunft mit elektronischen Fußfesseln vorgeführt.
- In den restlichen Städten fanden Kundgebungen und Diskussionsveranstaltungen statt. Der Film „Neue Wut“ wurde gezeigt und über die Perspektiven der sozialen Proteste diskutiert.
- Mehrere Wahlkampfinterventionen fanden gegenüber strenggläubigen Hartz IV-Befürwortern statt, Bundestagskandidaten wurden in Wahlveranstalten zur Rede gestellt. Der Protest geht weiter, einige Wahlkreisbüros müssen mit ihrer Schließung rechnen.

Das Aktionsbündnis Sozialproteste wird Ende Oktober einen neuen Protestschub organisieren und anschließend auf einer Strategiekonferenz mit den Gewerkschaften am 19. und 20. November potentielle gemeinsame Projekte entwickeln (Grundeinkommen, 10 Euro Mindestlohn, radikale Arbeitsverkürzung auf eine 30-Stunden-Arbeitswoche mit einer Neuschaffung von Arbeitsplätzen, Umwandlung der 1-Euro-Zwangs-Beschäftigungen in reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse, eine Dynamisierung des Arbeitsmarktes von Unten).“

www.die-soziale-bewegung.de

Flüchtlinge demonstrierten vor Berliner Parteizentralen

BERLIN. Am Freitag, den 9. September 2005 demonstrierten Flüchtlingsorganisationen und antirassistische Initiativen vor den Berliner Parteizentralen. Rund 100 TeilnehmerInnen forderten von den politischen Parteien die Aufhebung rassistischer Sondergesetze und

einen Abschiebestopp für Flüchtlinge. Die RednerInnen berichteten von den Einschränkungen und Diskriminierungen, die in Deutschland lebende Flüchtlinge und MigrantInnen erfahren und machten dafür alle zur Wahl stehenden Parteien mit verantwortlich. Flüchtlinge haben keine Wahl, aber eine Stimme. In diesem Sinne riefen sie zur weiteren Selbstorganisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen auf.

www.umbruch-bildarchiv.de

Rundreise: Initiative zum Dialog mit irakischen GewerkschafterInnen

BERLIN. Vom 21.Oktober bis 13. November werden zwei AktivistInnen der GUOE (Allgemeine Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor) aus Basra – Frau Boshrah A. Abbood und Herr Taha A. Ibraheem Breshdi – nach Deutschland kommen. Sie werden bei einer Rundreise über ihren Kampf um Selbstbestimmung berichten. Zur Vorbereitung der Tour wurde ein Reader/Informationspaket erarbeitet, in dem insbesondere auf die Situation der Gewerkschaften im Irak eingegangen wird. Termine siehe Terminkalender S. 24.

Initiativgruppe Dialog mit irakischen GewerkschafterInnen
www.attac.de/globkrieg

In Freiheit: US-Verweigerer Blake Lemoine

Connection e.V., Stop the War Brigade, Military Counseling Network und die Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär begrüßen den US-Verweigerer Blake Lemoine in Freiheit. Er wurde am 14. September wegen guter Führung vorzeitig aus der Haft im US-Militärgefängnis Fort Sill entlassen. Blake Lemoine erklärte in einem Telefongespräch gegenüber Connection e.V.: „Mir geht es gut. Ich werde die nächsten Wochen bei meiner Familie sein. In Zukunft werde ich andere US-Verweigerer tatkräftig in ihrer wichtigen Entscheidung unterstützen.“ Die Organisationen wiesen zudem darauf hin, dass weitere US-Verweigerer inhaftiert sind, wie Kevin Benderman, der im Juli 2005 zu einer 15-monatigen Haftstrafe verurteilt wurde. Der in Darmstadt stationierte Blake Lemoine war am 28. März 2005 wegen Befehlsverweigerung zu sieben Monaten Haft verurteilt worden. Er hatte Anfang des Jahres 2005 aufgrund seiner Erfahrungen als US-Soldat im Irakkrieg den Kriegsdienst verweigert. Er begann, im Militär Widerstand zu leisten und führte keine Befehle mehr aus. Anlässlich seiner Freilassung bedanken sich die Organisationen im Namen von Blake Lemoine für die wichtige und zahlreiche Unterstützung.

www.Connection-eV.de/usa/BL.html
Zusammenstellung: baf

Keine Bestätigung für die Hartz-Logik

Pilotprojekt „1000 x Jump Plus“: Der Fachbereich Soziales der Stadt Mannheim zieht Bilanz

Zum 31.12.04 endete in Mannheim das von der Bundesregierung über eineinhalb Jahre gesponserte Sonderprogramm „Jump Plus“ – Arbeit für alle unter 25 – und innerhalb dieses Programms das Pilotprojekt „1000 mal Jump Plus“, das über ein halbes Jahr lief. Das Planungsbüro des Fachbereichs Soziale Sicherung, Arbeitshilfen und Senioren der Stadt (ehemals Sozialamt) erstellte aus diesem Grund einen Abschlussbericht in Abstimmung mit der Agentur für Arbeit und dem Träger-Konsortium „JumP im Quadrat“ (den Wohlfahrtsverbänden und freien Trägern). Der Bericht wurde im August dem Sozialausschuss des Gemeinderats vorgelegt. (web.mannheim.de/webkosima/webkosima_vorlagen/ 279_2005.pdf)

Dieser Bericht über einen Teilaspekt von Hartz IV ist in seiner Detaillierung wahrscheinlich einzigartig in der Bundesrepublik und lässt einige Schlüsse auf die konkrete Wirkung der Hartzgesetzgebung zu, ebenso wie er Fragen aufwirft und Argumente liefert für die weitere Auseinandersetzung mit diesem Gesetz.

„Recht auf Arbeit?

„Jump Plus“ (JumP) war ein experimenteller Vorgriff auf die Umsetzung des § 3 Abs. 2 SGB II, der seit 1.1.2005 in Kraft ist:

> *§ 3 SGB II:* Leistungsgrundsätze. (2) Erwerbsfähige Hilfebedürftige, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind unverzüglich nach Antragstellung auf Leistungen nach diesem Buch in eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit zu vermitteln. Können Hilfebedürftige ohne Berufsabschluss nicht in eine Ausbildung vermittelt werden, soll die Agentur für Arbeit darauf hinwirken, dass die vermittelte Arbeit oder Arbeitsgelegenheit auch zur Verbesserung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten beiträgt.

Dieser Paragraf wird von den Hartz-Befürwortern gerne als erstmalige gesetzliche Verankerung eines „Rechts auf Arbeit“ wenigstens für junge Menschen bezeichnet, wenn er sich auch nicht gerade wie die Verleihung eines grundlegenden Menschenrechts liest. Es wäre ja auch niemandem gegenüber einklagbar. So reduziert sich dieses „Recht auf Arbeit“ denn auch auf die Verpflichtung eines staatlichen Organs, junge erwerbsfähige Arbeitslose in

- eine Arbeit
- eine Ausbildung oder
- eine Arbeitsgelegenheit

zu vermitteln. Dieses „Muss“ wird ergänzt durch ein „Sollte“, nämlich dass die Arbeit oder Arbeitsgelegenheit den jungen Arbeitslosen der „Verbesserung ihrer beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten“ dient.

Hinterlegt ist diese staatliche Selbstverpflichtung zur „Förderung“ mit der „Forderung“ an die jungen Arbeitslosen, bei diesen Vermittlungs- und Qualifizierungsbemühungen mitzuwirken und diese anzunehmen. Andernfalls droht der teilweise Entzug der Transferleistungen.

Man kann diesen Zwang kritisieren vom Standpunkt des Rechts auf Nicht-Arbeit in Verbindung mit dem Sozialstaatsgebot, dass jeder Mensch Anspruch auf Mindestversorgung hat. Dieses Problem dürfte aber von jenem überwogen werden, das junge Menschen ohne Arbeit und meist auch ohne Ausbildung haben – eine gänzlich unemanzipative Notsituation mit Aussicht auf Dauerzustand. Etwa, wie jenes Schicksal, das als typisch für einen Teil der Gruppe junger Arbeitsloser ohne Beschäftigung und ohne Leistungsbezug zitiert wird (S. 75):

> „Xy besuchte eine Förderschule, zunächst regelmäßig. Im anschließenden BVJ [Berufsvorbereitungsjahr] schwänzte er häufig die Schule, da er in einen falschen Freundeskreis geraten sei, der ihn dazu animiert habe. Er verlässt das BVJ ohne Abschluss, besucht Maßnahmen, die er mehrfach abbricht. Danach jobbt er als Küchenhilfe, als Maurer etc. Jump Plus hat er bereits zweimal abgebrochen, da er unentschuldigt gefehlt hatte. Zu den leiblichen Eltern besteht kein Kontakt, die Pflegeeltern, die mittlerweile ins Ausland verzogen sind, haben ihn mit 18 Jahren „vor die Tür gesetzt“. Danach folgten Zeiten der Obdachlosigkeit sowie des Herumreisens in Europa, u.a. mit Jobs als Erntehelfer. Heute lebt er zurückgezogen, hat keinerlei Bezugsperson, sein Bekanntenkreis gehört dem kriminellen Milieu an, von dem er sich distanziert habe. Xy gibt an, Schulden in der Größenordnung von ca. 6.000 Euro zu haben, wobei einige Gläubiger sich schon jahrelang nicht mehr gemeldet hätten. Seine Wohnung – ohne Heizung, ohne Möbel und ohne Fußbodenbelag – kann er nicht mehr bezahlen, weshalb eine Räumungsklage droht. Xy ist depressiv, konsumiert ab und zu Drogen und sieht seine Situation als so verfahren an, dass er in Angst lebt und keine Möglichkeiten sieht, eine Besserung herbeizuführen. Er sitzt alleine zuhause, öffnet aus Angst vor Gläubigern bzw. Gerichtsvollziehern die Tür nicht und sieht lediglich fern. Ämterangelegenheiten kann er nur an „guten“ Tagen erledigen. Seine Haltung ist resignativ. Er deckt seinen täglichen Geldbedarf durch Sammeln von Pfandflaschen bzw. Betteln. Xy hat viele Einträge ins polizeiliche Führungszeugnis. Er hatte bereits eine Haftstrafe verbüßt und hat aktuelle Bewährungsauflagen.“

Nachforschungsauftrag

Derartige Lebensgeschichten wurden im Rahmen der Auswertung von JumP durch systematische Interviews des „aufsuchenden Dienstes“ gesammelt und statistisch erfasst. Die Ergebnisse stehen im Zentrum der Berichterstattung über JumP als Konsequenz aus dem Nachforschungsauftrag: Was ist mit den Menschen los, die das „Förder“-Angebot nicht wahrgenommen haben und somit auch (teilweise nur zunächst) aus dem Transferleistungsbezug herausgefallen sind?

Dieser Nachforschungsauftrag war unmittelbare Reaktion auf die zahlreich vorgetragene Kritik: Hartz IV und auch JumP lege es lediglich darauf an, dass Menschen aus dem Bezug von Transferleistungen herausgedrängt werden. So sei dann unmittelbar zu befürchten, dass die jungen Arbeitslosen in Kriminalität und Prostitution abgedrängt werden.

In den Worten der Kurzfassung des Berichts (S. 6):

> „Der nachfolgende Abschlussbericht informiert umfassend über die Erfolge des Modellvorhabens und beantwortet erstmals auch die kritischen Nachfragen zum Verbleib jener junger Menschen, die sich den Anforderungen des „Förderns und Forderns“ durch Abbruch oder Verweigerung entziehen. Die in diesem Umfang bislang einmalige Untersuchung belegt, dass pauschale Annahmen über den Verbleib der „Verweigerer“ nicht möglich sind und dass das Selbsthilfepotenzial der jungen Menschen – auch in dieser Gruppe – größer ist als vielfach bislang angenommen.“

Die Ergebnisse

Es wurden zwei „Mengen“ untersucht: Die dem Projekt JumP zwischen 1.7.03 und 31.12.04 zugewiesenen Personen

bzw. die Personen, die bei der Kontaktstelle vorgesprochen hatten (2.047) sowie die 1.244 Personen, die dem Sonderprojekt „1000 x Jump Plus“ zugewiesen wurden. In beiden Gruppen handelte es sich um eine Mischung aus Arbeitsamts- und SozialamtsklientInnen, Männer und Frauen, deutsche Staatsangehörige und MigrantInnen, alleinlebend oder in Beziehungen und Familien, mit und ohne Kinder, alle ohne Beschäftigung und im Alter zwischen 18 und 24 Jahren.

Vorgesehen war für sämtliche Betroffenen zunächst ein „profiling“, in dem die soziale und persönliche Situation erfasst wird sowie die schulischen und Ausbildungsvoraussetzungen und evtl. bisherige Berufserfahrungen. Darauf aufbauend sollten ggf. Maßnahmen der sozialen Hilfestellung wie z.B. Schuldnerberatung, Weiterbildungsmaßnahmen definiert oder direkt Bewerbungen eingeleitet werden. Als erfolgreich galt der Zustand „mit (Arbeits-)Angebot abgegangen“. Das waren in der ersten Gruppe von 2.047 lediglich 1.092. Die anderen waren letztlich dann doch nicht leistungsberechtigt oder aber sie erschienen gar nicht erst zu einem Termin, sodass 710 nicht in das Jump-Projekt aufgenommen wurden. Aber selbst von den 1.092 „mit Angebot Abgegangenen“ haben 581 dann doch nicht die vermittelte Arbeit angenommen bzw. sie „selbstverschuldet“ abgebrochen. 303 fanden einen Arbeitsplatz und 208 waren noch bei Maßnahmenträgern im „Konsortium“ unterwegs. Also haben gerade mal ein Viertel der ursprünglich gemeldeten Arbeitslosen zumindest vorübergehend einen Weg aus der Arbeitslosigkeit gefunden. – Und die anderen? Hier eben setzt die projektbegleitende Nachforschung an.

Ausgangspunkt waren die 1.244 dem „1000 x JumP“ zugewiesenen Personen, die Antrag auf Arbeitslosen- oder Sozialhilfe gestellt hatten. 520 waren der Aufforderung zum „profiling“ gefolgt. Einige konnten „plausible Gründe“ für die Nichtteilnahme nennen, aber 506 Personen wurden dem Förderband e.V. für die Verbleibrecherche namentlich genannt. Alle sollten interviewt werden; jedoch nur bei knapp der Hälfte (241) war dies dann möglich. Von den anderen 265 wurde immerhin in Erfahrung gebracht: Sie waren weggezogen (145) oder einfach an der Adresse trotz mehrfacher Versuche nicht erreichbar (60), abgetaucht? 53 hatten inzwischen einen Arbeitsplatz gefunden (Eigeninitiative!), 7 eine weiterführende Schule oder Studium begonnen.

Genaueres weiß man von den 241 Interviewten: 101 leben ohne Leistungsbezug und Beschäftigung (s. obiges Beispiel), 24 haben doch noch den Weg zu Jump Plus gefunden, 51 standen in regulären bzw. geringfügigen Arbeitsverhältnissen, 24 waren in Ausbildung, Studium oder Maßnahme, und 42 hatten einen Leistungsbezug, z.B. weil sie gar nicht arbeitsfähig waren oder für Kinder sorgen mussten; auch Zivildienstleistende waren darunter. Insgesamt eine Aufklärungsquote von 71%.

Da bei den Interviews auch Belastungsfaktoren erhoben wurden aus den Bereichen Schule, Ausbildung, familiäres und soziales Netz, Finanzen, Legalität, Wohnsituation, Zivilkompetenz/ Zeitmanagement (es konnten bis zu 21 Belastungspunkte zugeordnet werden), ergibt sich auch ein recht genaues Bild über die Problemsituation der Betroffenen. Bei den 101 Menschen ohne Beschäftigung und Arbeit sowie den 24, die doch noch zu Jump Plus kamen, haben jeweils knapp ein Drittel Punktezahlen von 10 bis 20. bei den anderen ergibt sich diese hohe Belastungsquote „nur“ bei 11 bis 19%. Bezeichnenderweise ist z.B. ein hohes immer wieder auftauchendes „Risiko“, Kinder zu haben.

Rumhängen, statt in die Schule gehen, kann der erste Schritt in die andauernde Erwerbslosigkeit sein. Hilfe wäre möglich – das Land hat die Mittel für Sozialarbeit an Schulen gekürzt.

Empfehlungen der Autoren

Die Studie schließt mit „Empfehlungen“, die aus den Ergebnissen abgeleitet wurden. Sie sollen hier zur Veranschaulichung wiedergegeben werden:

„• Zur Stützung des sozialen Netzes erscheinen uns Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungskompetenz in Familien wie Elterntraining, Erziehungsberatung –durch die entsprechenden Fachdienste-, Arbeit mit jungen Müttern erfolgversprechend. Als eigenständiger Belastungsfaktor erscheint es uns, wenn junge Erwachsene ohne ausreichende Zivilkompetenz alleine leben.

• Als Prophylaxe im Bereich der schulischen Voraussetzungen sind Maßnahmen gegen unregelmäßigen Schulbesuch sinnvoll. Gute Erfahrungen hat das Förderband mit speziellen Klassen für Jugendliche mit unregelmäßigem Schulbesuch und einem Come-Back-Seminar für Jugendliche aus niedrigen Klassenstufen – vor der Verfestigung – des „Schule-Schwänzens“ gemacht.

• Für junge Erwachsene, die mehrfach belastet ohne gesicherten Grundbedarf leben ist der „aufsuchende Dienst“ auch weiterhin wichtig. Die Erfahrung aus den Interviews hat gezeigt, dass diese jungen Menschen zwar dringend Hilfe benötigen, den Weg in die Anlaufstelle aber nicht ohne Unterstützung finden und auch noch eine Vertrauensperson benötigen, die die ersten Schritte zum Ordnen ihrer desolaten Lebenssituation mit ihnen gemeinsam geht.

• Professionelle Schuldnerberatung ist für einen größeren Teil der Personengruppe wichtig, Angebote sollten zeitnah genutzt werden können.

• Für junge Mütter sind Teilzeitangebote und Teilzeitausbildung eine Möglichkeit ihre Kinderbetreuungsaufgaben und Aktivitäten zur Nachqualifizierung und Rückkehr ins Arbeitsleben zu vereinbaren. Gute Erfahrungen machen wir mit einem ESF-geförderten Projekt zur Entwicklung von Bildungspotenzialen junger Mütter, im Rahmen dessen das Interesse an beruflicher Qualifizierung auch während der Kleinkindphase aufrechterhalten wird.

• Für bestimmte Teilgruppen werden Sprachkurse benötigt, wobei hier oft der Fall vorliegt, dass das Bildungsniveau der Betroffenen eher gut ist, die mangelnde Sprachkenntnis aber eine schnelle Integration in Ausbildung, Arbeit und berufliche Bildung verhindert.

• Ebenso zeigt sich, dass für eine kleine Gruppe junger Erwachsener Alphabethisierungskurse sinnvoll sind, da die betroffenen jungen Menschen diese grundlegende Kulturtechnik (Lesen und Schreiben) nicht innerhalb allgemeiner Maßnahmen erlernen können. Der oft verschwiegene Mangel kann aber der Grund für wenig Fortschritte und Abbruch von Maßnahmen sein.

• Maßnahmen im Bereich der Gesundheitsprophylaxe sind aus verschiedenen Gründen sinnvoll: Zum einen weisen belastete Gruppen oft auch Drogenprobleme auf, zum anderen ist Krankheit für junge Frauen auch eine gesellschaftlich akzeptierte Möglichkeit sich Anforderungen zu entziehen. Auch für junge Erwachsene bei der Einmündung in Ausbildung und Beruf ist der Umgang mit Krankheit und gesundheitsförderndes Ver-

halten immer ein kritisches Thema. Hier ist selbstverständlich die Zusammenarbeit mit den Fachdiensten und Beratungsstellen sehr eng. Im Förderband gibt es Erfahrungen mit einem Gesundheitsprojekt für Mädchen mit unregelmäßigem Schulbesuch „Fit for School“ sowie ein neues Konzept für Seminare „Fit im Job“ zum Umgang mit Stress, belastenden Situationen im Betrieb und Gesundheit am Arbeitsplatz.

• Im Hinblick auf den Belastungsfaktor Zivilkompetenz sowie die hohe Schuldenbelastung der jungen Befragten erscheint es uns erforderlich in Zusammenarbeit mit den Schulen ein Konzept zu entwickeln, wie wirtschaftliches Handeln, wirtschaftliche Haushaltsführung, Ordnung in Dokumenten erlernt werden kann sowie wie die Folgen und Verpflichtungen aus leichtherzig unterschriebenen Verträgen aussehen. In Zusammenarbeit mit dem Berufsvorbereitungsjahr wurden bereits Erfahrungen mit „Lebensordnern“, Planspielen für die Finanzierung der eigenen Wohnung und Finanzierungsplänen für Konsumgüter gemacht.

• Zuletzt regen wir an, zur Absicherung und Verfestigung der Integration der jungen Erwachsenen in Betrieben einen „begleitenden Dienst“ einzurichten, der bei Bedarf den jungen Erwachsenen aber auch den Verantwortlichen der Betriebe als kompetenter Partner zur Verfügung steht. Das Angebot kann arbeitsbegleitende Maßnahmen, wie Hilfen während der Probezeit, spezielle Tätigkeitstrainings oder Unterstützung während der Ausbildung, wie ein Serviceangebot für Betriebe, Unterstützung für die jungen Menschen beim Lernen für die Berufsschule oder Krisenmanagement bei persönlichen Problemen umfassen. Durch diese Begleitung wird sichergestellt, dass die Integration in den ersten Arbeits- oder Ausbildungsmarkt auch nachhaltig gelingt.

Bewertung: Hartz IV „voll daneben“

Die umfassende Studie zur vorweggenommenen Umsetzung des § 3 SGB II bestätigt anschaulich, dass die Logik der Hartz-IV-Reform quer zur tatsächlichen Situation liegt, somit nicht weiterhelfen kann und nur zur Schikane wird; dass der wirtschaftsliberale „schlanke Staat“ die Menschen am unteren Rand der Sozialskala am schlimmsten trifft.

Die Grundthese von Hartz, dass die Arbeitslosen hauptsächlich unmotiviert sind und „aktiviert“ gehören, findet keine Bestätigung. Vielmehr sind es oft gerade die sozialen Rahmenbedingungen, die eine Arbeitsaufnahme erschweren bis unmöglich machen.

Der Arbeitsmarkt ist das Problem, nicht die Arbeitslosen: So stellt die Studie angesichts der beruflichen Qualifikation der Betroffenen beim Start in das Pilotprojekt fest:

> „Insgesamt hat jede/r Dritte eine abgeschlossene Berufsausbildung, aber dennoch keinen Arbeitsplatz! Dass diese jungen Menschen trotz vorhandener Berufsausbildung nicht ohne institutionelle Hilfe den Weg in den Arbeitsmarkt bewältigen können, hat vor allem mit dem unzureichenden Stellenangebot zu tun, deutet aber auch auf persönliche Defizite in Bereichen hin, die nur bedingt schulisch-curricular beeinflusst werden können.“ (S. 16).

Die Empfehlungen der AutorInnen kommen zwangsläufig auf die alten Lösungsansätze von „guter Sozialarbeit“ zurück. Tatsache ist aber, dass die Arbeitsmarktreformen gerade auf diesem Sektor wie die Axt im Walde wüten. Maßnahmen werden nicht mehr finanziert, Maßnahmenträger müssen ihr qualifiziertes Personal selbst auf den Arbeitsmarkt schicken.

Immerhin fordert auch § 3 (2) SGB II, auf dem JumP beruht, in der Konsequenz begleitende Maßnahmen. Das massenhafte Vorhandensein jugendlicher Arbeitsloser macht sich eben nicht gut.

Aber selbst, wenn man mit einmal von großen Erfolgen in den JumP-Programmen ausgeht: Ein Fortschritt im „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“ lässt sich dadurch nicht erzielen. Erzielt wird lediglich eine Umschichtung in den Konkurrenzverhältnissen um die wenigen vorhandenen Arbeitsplätze. Bestenfalls kommen mehr Unter-25-Jährige zum Zug. Dafür aber weniger langzeitarbeitslose 35-Jährige, die gerade mitten in der Familienphase stehen, weniger 45-Jährige, die schon „zu alt“ für den Arbeitsmarkt sind, aber noch mindestens 18 Jahre bis zur Rente arbeiten müssen, weniger 55-Jährige… Und würde man bei diesen Gruppen ebenso sorgsame Untersuchungen anstellen, würde man zu vergleichbaren Befunden und „Empfehlungen“ kommen.

Für die Über-24-Jährigen spricht der hier zitierte § 3 SGB II in seinem Absatz 1 jedoch eine klare Sprache:

> „(1) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit können erbracht werden, soweit sie zur Vermeidung oder Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit für die Eingliederung erforderlich sind. (…) Vorrangig sollen Maßnahmen eingesetzt werden, die die unmittelbare Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ermöglichen. Bei der Leistungserbringung sind die Grundsätze von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu beachten.“

Ein Rechtsanspruch besteht nicht, und sparsam muss es zugehen. *tht*

Bürgerausschuss lehnt Hilfe für illegalisierte Kinder ab. BONN. Die Stadt Bonn wies die Leitungen der Kindertageseinrichtungen an, Nachweise zum aufenthaltsrechtlichen Status der Kinder zu verlangen. Hintergrund ist ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft gegen städtische Mitarbeiter wegen „Beihilfe zum illegalen Aufenthalt“ Seitdem schicken einige der illegalisierten Eltern ihre Kinder nicht mehr in den Kindergarten. Einer kurdischen Mutter ist es bisher nicht gelungen, eine Schule für ihre beiden Kinder zu finden. Gegen das Vorgehen der Bonner Behörden hat MediNetzBonn, die „Medizinische Vermittlungsstelle für MigrantInnen und Menschen ohne Papiere“, einen Bürgerantrag eingereicht. Darin heißt es: „Auch in Bonn leben Kinder ohne Aufenthaltsstatus. Kinder, die zu einem Leben in der Illegalität gezwungen sind. Kinder, die immer im Schatten leben müssen und von den Eltern aus Angst versteckt werden. Kinder, die keinen Kindergarten und keine Schule besuchen können, da die Eltern befürchten, der illegale Aufenthalt der Familie könne über den Kindergarten- oder Schulbesuch entdeckt und der Ausländerbehörde gemeldet werden. Kinder, die nicht die notwendigen medizinischen Vorsorgeuntersuchungen und Schutzimpfungen bekommen, weil Eltern ohne Aufenthaltspapiere keine Krankenversicherung abschließen können. Alle Kinder haben unabhängig vom Aufenthaltsstatus das Recht einen Kindergarten und eine Schule besuchen zu können.

Alle Kinder haben unabhängig vom Aufenthaltsstatus das Recht auf medizinische Versorgung. Dieses Recht der Kinder auf Bildung und Gesundheit ungeachtet der Herkunft wurde in verschiedenen internationalen Konventionen wie der UN-Kinderrechtskonvention oder dem Haager Minderjährigenschutzabkommen verbrieft.

Wir fordern die Stadt Bonn auf, analog dem Beispiel von München und Freiburg folgende Maßnahmen zu beschließen

• Träger von Schulen und Kindertageseinrichtungen werden darüber informiert, dass sie nicht verpflichtet sind, Nachweise zum aufenthaltsrechtlichen Status der Kinder zu verlangen.

• Die Einrichtung eines Fonds für nicht versicherte Kinder, aus dem die Vorsorgeuntersuchungen, die Schutzimpfungen und bei Krankheit die notwendigen Behandlungen bezahlt werden.

• Sich dem „Manifest illegale Zuwanderung – für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion“ anzuschließen, das schon von fast 400 Personen, Organisationen und Institutionen mitgetragen wird.“

Kommunale Politik

Am 15. September 2005 stand die Entscheidung im Bürgerausschuss der Stadt Bonn an. Nach über einer Stunde Diskussion das enttäuschende Ergebnis: Bis auf die Grünen-Vertreter lehnten die Mitglieder des Bürgerausschusses den Antrag ab. Noch ist unklar, welche Schritte MediNetz als nächstes unternimmt. Sigrid Becker-Wirth: „Das ist ein mühseliges Geschäft. Aber das Thema ist aus der Tabuzone raus." Sie berichtete über Reaktionen von Illegalisierten, die im Publikum waren: „Immerhin wurde über unsere Situation geredet."

jw 16.9., www.medinetzbonn.de

SPD protestiert gegen Büchergeld, einige Bürgermeister wollen es übernehmen. GERSTHOFEN. Mit einer bayernweiten Aktion haben alle Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion zum Schuljahrsbeginn am 12.9.2005 gegen die Einführung des Büchergeldes protestiert. Die CSU hatte im Juli gegen den Willen der Opposition im Landtag mit ihrer Zweidrittelmehrheit durchgesetzt, dass Eltern pro Kind 20 bzw. 40 Euro pro Jahr für Lernmittel selbst bezahlen müssen. Fast parallel dazu kündigten die Städte Passau, Altötting und Gersthofen an, für ihre Schüler das Büchergeld von 20 bzw. 40 Euro pro Kind in diesem Jahr zu übernehmen. Während die Räte an diesen Orten Zustimmung signalisieren, gibt es Protest von SPD-Bürgermeistern. So kritisierte z.B. der Bobinger Bürgermeister Bernd Müller (SPD), dass sich Gersthofen unsolidarisch verhalte und indirekt das Vorhaben der Staatsregierung noch unterstütze. „Was Gersthofen macht ist ein völlig falsches Signal an München, das den Freistaat darin bestärkt, Kosten in Zukunft auf Kommunen oder eben Bürger abzuwälzen." So sieht das auch der bayerische Städtetag, der lieber durch gemeinsames Handeln eine Rücknahme der Büchergeld-Regelung durchsetzen will. Denn nach Berechnungen der Städte müssen sie für den Einzug des Büchergelds mindestens 8,2 Millionen Euro pro Jahr an Personal- und Sachkosten aufwenden und das Büchergeld in einem aufwändigen Verfahren inkl. Mahnung und Vollstreckung beitreiben, sich notfalls mit Widerspruchsverfahren und Klagen vor Gericht herumschlagen. Deshalb spricht Deffner mit Blick auf die rund 50 Seiten Durchführungsbestimmungen schlicht von „Unsinn", den seine Parteifreunde in München verzapft hätten. Das sieht der Städtetag auch so, warnt aber: „Wenn das Schule macht, dann wird der Freistaat Bayern noch mehr seine Leistungen zurückfahren in der Hoffnung, die Städte werden es schon richten". *baf*

Niedersachsen / Hannover

Pfeifkonzert gegen Finanzminister Möllrings Angriffe auf den Landesdienst

HANNOVER. Am 12.9.2005 demonstrierten nach bereits vielfältigen Aktionen in den vergangenen Monaten diesmal 5.000 Beschäftigte aus dem Landesdienst Niedersachsen, unterstützt von Kolleginnen und Kollegen aus NRW, Hamburg, Bremen und Thüringen durch die Innenstadt von Hannover zur niedersächsischen Staatskanzlei. Parallel dazu gab es Warnstreiks in Landeseinrichtungen in Braunschweig, Fallingbostel, Hildesheim, Oldenburg, Verden und Hannover. Mit einer „24-Std-Schicht" protestierten bereits am 11.9. 30 Feuerwehrleute vor der Staatskanzlei. Das Datum 11.9. wurde bewusst gewählt, „weil nach Katastophen Politiker in Sonntagsreden meist den Wert der Wehren würdigen, um Jahre später alles zu vergessen", so die Begründung der Feuerwehr.

Der Protest richtete sich gegen die Angriffe der Landesregierung auf die Arbeitszeit und den Lohnraub. Seit dem Austritt der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) aus dem Tarifvertrag im Jahr 2004 wird in Niedersachsen bei jeder Änderung des Arbeitsvertrages sowie bei Neueinstellungen die Arbeitszeit von 38,5 auf 40 Stunden erhöht und kein Weihnachts- und Urlaubsgeld mehr bezahlt. Für alle Beamten, für die bereits seit 1996 die 40- Std.-Woche gilt, wurden ab 1.1.2005 die tariflichen Sonderleistungen gestrichen. Welche Auswirkungen dies hat, zeigt das Beispiel der Medizinischen Hochschule Hannover. Dort sind seit Kündigung des Tarifvertrags im Jahr 2004, also innerhalb eines Jahres, bereits 2.000 von 7.500 Beschäftigten mit neuen Verträgen beschäftigt. Insgesamt gibt es 60.000 Landesbe-

schäftigte, Möllring hatte schon einmal ausrechnen lassen, dass ungefähr 2010 ein Großteil der Beschäftigten unter die verschlechterten Bedingungen fallen. Dies ist das gewünschte Ziel. Alle Verhandlungsbemühungen von ver.di scheiterten bisher an der harten Haltung der Landesregierung – insbesondere von Möllring – der die Erhöhung der Arbeitszeit für alle Beschäftigten im Landesdienst als Bedingung für Verhandlungen nennt.

Der ver.di-Landesvorsitzende Denia forderte in seiner Rede auf der Abschlusskundgebung die Übernahme des neuen Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst, der am 14.9. von Bund und Kommunen unterzeichnet wurde und ab 1.10.2005 in Kraft tritt.

Er rief dazu auf, den Kampf erst richtig aufzunehmen, er kritisierte die Standortpolitik in Niedersachsen zu Gunsten der Reichen auf dem Rücken der Beschäftigten. „Mit der Behauptung, es ist kein Geld da, lassen wir uns nicht abspeisen“, so Denia. Und „Ein tarifvertraglicher Frieden muss sich für die Landesregierung mehr lohnen als ein tarifloser Zustand“, mit dieser Aussage macht Denia die Kampfbereitschaft der Beschäftigten gegen weitere Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen deutlich. Für Oktober sind weitere Aktionen geplant. *bee*

Öffentlicher Personennahverkehr in Bayern im Arbeitskampf

Warnstreik in München und anderen Städten Bayerns

Während der Markt die individualisierten Kleinanbieter von Transportleistungen in das allerunterste Einkommensegment verfrachten konnte, zeigt sich bei den Beschäftigten der schon aus technischen Gründen auf kollektive Arbeitsleistung angewiesenen Verkehrsbetriebe die Kraft von Organisation. Sie können sich dem Trend Arbeit und trotzdem arm! entgegenstemmen. Wir bringen eine Medieninformation der Gewerkschaft ver.di, die auf die Information der Öffentlichkeit setzt.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ruft für den 15.9.2005 zu Warnstreiks bei den kommunalen Verkehrsbetrieben in München und anderen bayerischen Städten auf. Die Busse, Trambahnen und U-Bahnen der SWM-Verkehrsbetriebe / MVG bleiben im Betriebshof bzw. Depot.

Die Beschäftigten sind aufgerufen, von Betriebsbeginn bis Betriebsschluss die Arbeit ruhen zu lassen.

Betroffen sind Straßenbahnen, U-Bahnen und Busse der SWM / MVG. Es verkehren lediglich die Busse privater Unternehmen, die im Auftrag der MVG fahren. Die S-Bahn ist von diesem Warnstreik nicht betroffen.

ver.di bedauert, dass die Fahrgäste durch diesen Tarifkonflikt in Mitleidenschaft gezogen werden. Dazu Martin Marcinek vom ver.di-Fachbereich Verkehr: „Wir haben lange stillgehalten. Nach zwei Jahren Zeitspiel und Vertragsbruch durch die Arbeitgeber ist die Geduld der Beschäftigten einfach erschöpft.“

Obwohl die Verhandlungen erst am 19. September wieder aufgenommen werden, ist der Warnstreik bewusst vor den Beginn des Oktoberfestes gelegt, um der Bevölkerung und den Gästen Münchens die Freude daran nicht zu trüben. Dazu Martin Marcinek: „Gerade zur Wiesnzeit leisten die Beschäftigten des SWM-Verkehrsbetriebes schier Unglaubliches. Es sind aber genau diese Menschen, denen man jetzt Einkommensverluste bis zu 30 % und die Verlängerung ihrer Arbeitzeit zumuten will.“

Die SWM sind der mit Abstand größte Verkehrsbetrieb Bayerns und haben

somit eine gewichtige Stimme im Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV). „Diese sollten sie nicht dazu nutzen, weiter Öl ins Feuer zu gießen", fordert Martin Marcinek.

Zum Hintergrund:

Die Gewerkschaft ver.di hat vor zwei Jahren die Tarifverhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Bayern (KAV) für den kommunalen Nahverkehr aufgenommen.

Das Ziel dieser Verhandlungen war, einen Tarifvertrag zu vereinbaren, der

- die bisherigen Tarifverträge BAT und BMT-G und die sie ergänzenden Tarifverträge (in München ca. 50) ablöst,
- in einem neuen Tarifvertrag die Arbeitsbedingungen von Arbeitern und Angestellten angleicht,
- die Bezahlung stärker leistungsorientiert ausrichtet,
- die Arbeitszeit bei 38,5 Stunden festschreibt,
- Bestimmungen, die aus dem Beamtenrecht stammen (Sozialzuschläge, Verheiratetenzuschlag, Beihilfe, ...) aufhebt,
- die Bezahlung der Straßenbahn-, Bus- und U-Bahnfahrer bayernweit einheitlich regelt und
- den Besitzstand der jetzt Beschäftigten im geldlichen Bereich nicht antastet.

Die Arbeitgeber wollten einen Tarifvertrag, in dem die Löhne der Fahrer, die ca. 60 % der Beschäftigten ausmachen, drastisch gesenkt und die Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich auf 40 Stunden erhöht wird.

Trotz dieser sehr unterschiedlichen Ausgangslage gelang es Ende Juni 2004 einen Kompromiss zu vereinbaren, der nach damaliger Einschätzung ein zukunftsfähiger Tarifvertrag hätte sein können. Das Eckpunktepapier wurde von den Spitzen des Kommunalen Arbeitgeberverbandes und den ver.di-Verhandlungsführern Siegi Kreuzer und Michael Wendl unterschrieben. Danach sollten Detailverhandlungen geführt werden, um das neue Vertragswerk am 1.1.2005 in Kraft zu setzen.

In den Folgemonaten wurde jedoch deutlich, dass die Arbeitgeber der einzelnen Nahverkehrsbetriebe in Bayern völlig zerstritten sind.

Hardliner wollten einen Tarifvertrag, der deutlich unter dem Niveau des Tarifvertrages liegt, der in den privaten Omnibusbetrieben in Bayern gilt.

Dabei hatten die Arbeitgeber sich in der Regel auf die Tarifverhandlungen überhaupt nicht vorbereitet und jedes Mal neue, schärfere Forderungen in die Verhandlungen eingebracht.

Der Höhepunkt wurde dann am 29.7.2005 in Nürnberg erreicht. Die Arbeitgeber legten der Gewerkschaft ver.di einen völlig neuen Forderungskatalog vor. Die Einigung vom Juni 2004 war für sie jetzt keine Basis mehr. Das ist aus Sicht der Gewerkschaft ein glatter Vertragsbruch.

Die neuen Arbeitgeberforderungen sind jetzt:

- Lohnzuwächse erst wieder ab 2009.
- Statt einem Urlaubs- und Weihnachtsgeld erhalten alle Beschäftigte einheitlich 1000 Euro.

Das entspricht gegenüber dem Ist-Zustand einem Minus von mindestens 50%.

- Es soll betrieblich möglich sein, die 40-Stunden-Woche zu vereinbaren.
- Die neue Entgelttabelle verschlechtert die materielle Situation aller Beschäftigten.
- Fahrer, die 15 Jahre und länger im Unternehmen sind, verlieren in den nächsten Jahren zusätzlich über 400 Euro.

Diese Forderungen sind für die Gewerkschaft ver.di nicht verhandlungsfähig.

Die Tarifverhandlungen werden am 19./20. September 2005 in Augsburg fortgesetzt.

Wirtschaftspresse

Die Mineralölbranche lehnt Öko-Sprit ab. – *FR, Mi., 7.9.* Die Forderung der Automobilindustrie nach mehr Bioethanol im Sprit beantwortet K. Picard, Hauptgeschäftsführer des Mineralölwirtschaftsverbandes (MWV) damit, dass der Stoff zu teuer sei, um ihn flächendeckend in Deutschland beizumischen. Außerdem sei die Verarbeitung unter Einhaltung der Kraftstoffnormen zu aufwändig: „Es gibt derzeit keine Alternative zum Öl." Autoverbandspräsident B. Gottschalk hatte mit der Unabhängigkeit vom Öl argumentiert und dem Ziel, die CO_2-Emissionen verringern zu wollen.

BDA-Präsident für niedrigere Ausbildungsvergütungen. – *FAZ, Do., 8.9.* Arbeitgeberpräsident D. Hundt mahnte mehr Flexibilität bei den Vergütungen für Auszubildende an. Nicht tarifgebundene Betriebe sollten Vergütungen in Höhe der öffentlichen Fördersätze zahlen dürfen; derzeit müssten sie fast doppelt soviel zahlen wie für Jugendliche in außerbetrieblichen Programmen.

Umwelt zum Wirtschaftsministerium. – *FAZ, Fr, 9.9.* Der Präsident des DIHK, G. L. Braun, fordert von der neuen Bundesregierung die Angliederung wesentlicher Kompetenzen des Umweltministeriums, insbesondere die Zuständigkeit für Reaktorsicherheit und erneuerbare Energien, an das Wirtschaftsministerium. Der Umweltschutz solle so „mit allen anderen Fragen der Energieversorgung verbunden werden, heißt es in einem Positionspapier des DIHK. Der DIHK hatte vor allem den Grünen vorgeworfen, sie hätten in den vergangenen 7 Jahren den „an sich positiven Umweltschutzgedanken durch ein Übermaß an Umweltbürokratie ad absurdum geführt".

Wohnungswirtschaft fordert Ausnahmeregelung beim Antidiskriminierungsgesetz. – Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat hat das Antidiskriminierungsgesetz vertagt, nun muss die neue Bundesregierung die EU-Richtlinien umsetzen. Dabei müsse jedoch die mit der bisherigen Bundesregierung erreichte Ausnahmeregelung berücksichtigt werden, so der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Die Regelung sieht vor, dass zur Sicherung sozial stabiler Nachbarschaften und gemischter Belegungsstrukturen die „Wohnungsunternehmen vom Generalverdacht einer Diskriminierung ausgenommen werden". GdW-Präsident L. Freitag: Der Anteil der Mieter und Genossenschaftsmitglieder mit Migrationshintergrund in den Wohnungsbeständen sei im Durchschnitt doppelt so hoch wie der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe an der Gesamtbevölkerung. *Presseauswertung: rst*

Der EU-Beitrittsprozess der Türkei

Gemeinsam voneinander lernen – den Dialog stärken!

Von Kemal Bozay

Die Diskussionen und zum Teil kontroversen Debatten um den EU-Beitrittsprozess haben in der Türkei eine Dynamik ausgelöst, die alle politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereiche stark beeinflusst. Sowohl die EU-Reformpakete als auch die Fragen der Achtung der Menschenrechte, der Akzeptanz von ethnischen Minoritäten, der Organisations- und Versammlungsfreiheit, des Schutzes von gewerkschaftlichen Rechten u.a. stellen die Türkei vor schwere Herausforderungen. Mit ihnen sollten sich gesellschaftliche Institutionen, soziale Bewegungen und nicht zuletzt auch linke Organisationen und Parteien kritisch auseinandersetzen. Der EU-Beitritt der Türkei erscheint derzeit vor allem als eine „Elitendiskussion", während die unterschiedlichen Positionen der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und fortschrittlichen sowie linksdemokratischen Organisationen im europäischen Raum kaum bekannt sind. In Deutschland und anderen europäischen Ländern wird der EU-Beitrittsprozess der Türkei sehr kontrovers diskutiert. Gerade auch im Rahmen der starken sozialen Bewegungen gegen die EU-Verfassung in Ländern wie Frankreich und den Niederlanden wurde erneut darüber diskutiert, dass die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei (3. Oktober 2005) die EU vor schwierige Entscheidungen stellt. Die Verhandlungen über insgesamt dreißig Sachgebiete wie Binnenmarkt, Umwelt- und Agrarpolitik, Menschenrechte, Minderheitenrechte, Arbeitsrecht, Freizügigkeit u.ä. werden nicht konfliktfrei verlaufen. Zum Integrationsprozess der Türkei wurden zwar auf dem EU-Gipfeltreffen in Brüssel im Dezember 2004 positive Signale gesetzt, eine Mitgliedschaft liegt derzeit jedoch in weiter Ferne. Dabei spielen vielfältige Faktoren eine Rolle. Man sollte sie kritisch beleuchten. Zugleich geht es darum, neue Impulse in diesen Prozess hineinzutragen und die Positionen der sozialen Bewegungen sowie der fortschrittlichen Kräfte aufzugreifen. Die unterschiedlichen Positionen sind hier thesenhaft beschrieben.

Erstens

In Deutschland hat die Frage der EU-Mitgliedschaft der Türkei zu scharfen Kontroversen geführt. Während die Unionsparteien an der Maxime „Europa ist ein Christenclub" sowie an dem Konzept einer „privilegierten Partnerschaft" festhalten und in diesem Sinne eine diffamierende Kampagne gegen diese Mitgliedschaft starten, zeigen sich auch im sozialdemokratischen Lager unterschiedliche Positionen. Argumentiert wird häufig, dass aus außenpolitischer Perspektive der Beitritt der Türkei für die EU eine schwierige Phase eröffne. Demnach würde die EU direkt an die wichtige, aber auch schwierige Problem- und Krisenregion des Nahen und Mittleren Ostens (Syrien, den Irak, Iran und die Kaukasus-Länder) grenzen und somit würden deren mannigfaltige Probleme auf die europäische Ebene getragen.

Deshalb argumentieren Gegner einer Türkei-Mitgliedschaft, wie auch der ehemalige sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt und viele andere, dass die EU diese neue Nachbarschaft politisch nicht verkraften würde. Sollte sich zudem die EU weiterhin so wenig fähig zu einer gemeinsamen Außenpolitik erweisen wie bisher, dann könnten die zusätzlichen außenpolitischen Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten ihr weitere schwere Probleme bescheren. Ebenso werden die zahlreichen damit verbundenen wirtschaftlichen und politischen Fragen in die Diskussion gebracht.

Im Gegensatz zu diesen Argumentationsmustern sehen die Befürworter des EU-Beitritts der Türkei in dieser neuen geographischen Konstellation Chancen, geopolitisch und geostrategisch auf die neue Nachbarschaft im Nahen und Mittleren Osten einzuwirken und in dieser

„Kritisch begleiten" ist nicht genug

Der hier dokumentierte Aufsatz von Kemal Bozay entstand im Zusammenhang mit einem Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung zur Unterstützung türkischer Gewerkschaften, insbesondere mit dem Gewerkschaftsbund DISK. Das Projekt soll helfen, im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU die Zusammenarbeit unter türkischen Gewerkschaften und zwischen türkischen Gewerkschaften und Gewerkschaften und Linken in Europa zu intensivieren und gemeinsame Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit – in der Türkei wie in Europa – zu verbessern. Eine Homepage (www.sendikanet.org) ist bereits entstanden und verbreitet Informationen über gewerkschaftliche Kämpfe in der Türkei in türkischer, deutscher und englischer Sprache (siehe den Bericht der RLS).

Das Projekt der Rosa-Luxemburg-Stiftung ist ein gutes Beispiel für internationale Zusammenarbeit und verdient breitere Unterstützung – auch und besonders unter Gewerkschaften in Deutschland, in denen viele Kolleginnen und Kollegen aus der Türkei (türkischer wie kurdischer Herkunft) aktiv sind.

Der Aufsatz von Kemal Bozay aber enthält auch Schwächen. Um es kurz und knapp zu sagen: eine „kritische Begleitung" des EU-Beitrittsprozesses der Türkei bzw. der entsprechenden Verhandlungen der EU-Kommission mit der Türkei ist nicht genug. Die Linkspartei.PDS sollte sich eine – im Kern relativierende – Position des „Einerseits – Andererseits" bei dieser Frage wie insgesamt in europäischen Angelegenheiten nicht mehr leisten. Dazu ist die Auseinandersetzung zu wichtig.

Die Union, konservative, katholische und andere rechte Kräfte in der EU wollen die Diskussion über den Türkei-Beitritt ganz offensichtlich instrumentalisieren für die weitere Schürung von Fremdenfeindlichkeit – vor allem gegenüber muslimischen Ländern – und für eine Propaganda der weiteren Abschottung der EU. Sie verbinden das mit der scheinheiligen Behauptung, das sichere nicht nur die Demokratie, sondern diene auch der Abwehr von Lohn- und Sozialdumping.

Jugendcamp im türkischen Dikili – gegen Militarismus und Krieg (www.sendikanet.org)

Region eine machtpolitische Rolle zu übernehmen. Auch der starke militärische Apparat der Türkei schaffe für die EU einen stabilisierenden Rückhalt. Ende 1999 auf dem Gipfel in Helsinki hat die EU die Türkei zum Beitrittskandidaten gekürt. Dazu erklärt der EU-Kommissar Verheugen: „Der Kandidatenstatus für die Türkei ist keine Wohltätigkeit seitens der EU, sondern eine politische Strategie, mit der wir unsere eigenen Interessen verfolgen." Hierin kommen machtpolitische Interessen deutlich zum Tragen.

Für die sozialen Bewegungen und die linken Kräfte in Deutschland sowie im übrigen Europa sollte dagegen die Position deutlich zum Ausdruck kommen, dass beide Argumentationsstränge vehement abgelehnt werden.

Es ist fatal, den EU-Mitgliedschaftsprozess der Türkei nach geopolitischen, geostrategischen und wirtschaftlichen Interessens- und Machtkonstellationen zu beurteilen. Daher ist die Forderung, die EU von einer wirtschaftlichen und politischen Union zu einer Sozialunion weiterzuentwickeln, ein wichtiger Grundsatz, an dem wir festhalten müssen. Daher sollte zum EU-Beitritt der Türkei das Ziel in den Mittelpunkt gestellt werden, konsequent an den Kopenhagener Kriterien festzuhalten. Das betrifft Menschenrechtsfragen, Rechte von ethnischen Minderheiten, gewerkschaftliche Rechte, Organisationsfreiheit für die sozialen und fortschrittlichen Bewegungen. Dementsprechend muss der Eingliederungsprozess der Türkei kritisch begleitet werden.

Dabei ist auch der Dialog unter den sozialen, fortschrittlichen und linken Bewegungen in der Türkei von großer Bedeutung. Allein so ist es möglich, über gemeinsame Positionen zu diskutieren und gemeinsame Forderungen zu formulieren.

Zweitens

In der Türkei wird die Frage des EU-Beitrittsprozesses nur innerhalb einer bestimmten Elite diskutiert und geht deshalb an breiten Teilen der Gesellschaft vorbei. Bis zu den Beitrittsdiskussionen im Dezember 2004 hatten vor allem Gewerkschaften, soziale Bewegungen, linksdemokratische sowie fortschrittliche Parteien nur ansatzweise und sehr begrenzt Positionen und Forderungen zu diesem Prozess formuliert. Daher gibt es zu dem EU-Beitrittsprozess der Türkei unterschiedliche Positionen, die hier kurz skizziert werden sollen:

Erstens gibt es innerhalb der kemalistischen Elite, zu der auch ein bestimmter Teil des Offiziers- und Militärapparats der Türkei zählt, einen starken Widerstand gegen den EU-Beitritt der Türkei. Hier spiegelt sich eine Auffassung wider, dass dadurch die Türkei unter das Diktat der EU gestellt würde und die nationalistisch-kemalistischen Grundsätze einem Umstrukturierungsprozess zum Opfer fallen könnten. Hier spielt auch die Furcht vor der Auflösung von bestimmten militärischen Instanzen eine Rolle, die bisher nach US-Vorbild organisiert waren und gegenüber dem Parlament eine eigene Machstellung besaßen (MGK – Nationaler Sicherheitsrat). Diese Auffassung wird heute auch von Teilen der sozialdemokratischen CHP (Republikanische Volkspartei) weithin geteilt. Auch linksnationalistische Bewegungen wie IP (Arbeiterpartei) oder neofaschistoide Organisationen wie MHP/Graue Wölfe (Nationalis-

---

In Wirklichkeit ist eine Freihandelszone zwischen der EU und der Türkei schon lange Tatsache. Deutsche und andere Konzerne nutzen die Vorteile dieser Freihandelszone schon jetzt, wenn sie zum Beispiel in Deutschland Fabriken zur Fertigung von Kühlschränken, Elektroherden, Rundfunk- und Fernsehgeräten stilllegen und diese Geräte in der Türkei zu einem Fünftel oder Sechstel der hiesigen Lohnkosten fertigen lassen. Die Transportkosten per Schiff von Istanbul nach Europa sind so gering, dass genügend Profit bleibt, um das Geschäft für die Firmen lohnend zu gestalten. Wenn die CDU/CSU also den Eindruck erweckt, mit der Verweigerung einer vollen Mitgliedschaft der Türkei in der EU wolle sie im Kern Lohn- und Sozialdumping verhindern, dann verbreitet sie schlicht die Unwahrheit.

Gerade weil die Freihandelszone der EU mit der Türkei schon lange besteht, alle Mechanismen des Lohn- und Sozialdumpings im Prozess der internationalen Arbeitsteilung also bereits seit mehreren Jahren ihre Wirkung entfalten, sollten Linke den Beitritt der Türkei zur EU aktiv unterstützen. Denn dieser Prozess bedeutet auch, das Aufholen der Bevölkerung in der Türkei an den Lohn- und Lebensstandard in Europa zu beschleunigen. Genau deshalb, weil sie das Aufholen an europäische demokratische, gewerkschaftliche und soziale Standards wollen, unterstützen viele Menschen in der Türkei – in den kurdischen Gebieten, in Gewerkschaften, Menschenrechtsgruppen, in der Frauenbewegung, an den Hochschulen, in linken Parteien – auch diesen EU-Beitritt ihres Landes. Dieses große Spektrum von Befürwortern eines EU-Beitritts, einer Modernisierung und Demokratisierung der Türkei, wird in dem Aufsatz von Kemal Bozay leider nur als ein Milieu unter vielen anderen beschrieben. Das wird seiner wirklichen Bedeutung in der Türkei vermutlich nicht gerecht.

Richtig und unbedingt zuzustimmen ist aber seinem Hinweis, dass Linke in Europa gerade mit diesen sozialen und politischen Milieus in der Türkei ihre Zusammenarbeit ausbauen sollten und dass dabei die Migranten türkischer und kurdischer Herkunft, die jetzt seit mehr als 30 Jahren hier in Deutschland leben, eine wichtige Rolle spielen können, eine Brücke zwischen der Türkei und Europa.

Wenn Linke in Deutschland eine Position der „kritischen Begleitung", eines relativierenden „Einerseits – Andererseits" bei diesem Thema ernstlich aufgeben wollen, müssen sie sich auch den wirklichen Problemen eines Türkei-Beitritts stellen. Und das heißt: sie müssen die Errichtung verbindlicher europäischer Sozialstandards, beim Lohn, bei der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, beim Renteneintrittsalter, im Gesundheitsschutz und in anderen Fragen nicht nur im Munde führen und in Papieren beschwören.

In der Berliner IG Metall wird z.B. diskutiert, eine große Türkei-Konferenz der IG Metall auf Bundesebene anzuschieben, mit deutschen und türkischen Gewerkschaften und Betriebsräten, insbesondere aus den über 1.000 deutschen Unternehmen, die schon heute Niederlassungen in der Türkei haben. Ziel einer solchen Konferenz soll sein, die von der IG Metall im Kontext der Globalisierungsdebatte schon lange geforderten „Internationalen Rahmenabkommen", in denen deutsche Unternehmen für sich und Zulieferbetriebe die Einhaltung von ILO-Kernarbeitsnormen zusagen, verstärkt auf die Tagesordnung zu setzen und Schritte zu ihrer Durchsetzung zu beraten. Das wäre nicht nur eine Stärkung gewerkschaftlicher Rechte in der Türkei, sondern auch ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine Festlegung europäischer Sozialstandards. Beratungen über gemeinsame weitere Standards, z.B. beim Rentenalter, bei der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, beim Gesundheitsschutz, bei Themen wie Lohnfortzahlung im Krankheitsfall usw. könnten hinzu kommen.

Noch mehr solcher praktischer Vorhaben müssen hinzu kommen, damit sichtbar wird, dass Linke, auch die Linkspartei.PDS, das „Projekt" einer Europäischen Sozialunion ernstlich in Angriff nehmen. Ohne solche praktischen Schritte wird das Thema EU-Beitritt der Türkei weiter ein Propagandathema der Rechten sein – mit Inhalten wie Geopolitik, „Kampf der Kulturen", „Terrorismusbekämpfung", Abschottung usw., die einer solidarischen und an Menschenrechten orientierten Außenpolitik zuwider laufen. *rül*

tische Bewegungspartei) vertreten eine solche Linie.

In einem *zweiten* Sammelbecken findet man die unterschiedlichen Ausprägungen der islamistischen Organisationen und Sekten. Dort dominieren sehr stark die Argumentationen der Milli Görüs (Nationale Weltsicht) bzw. der Fazilet Partisi (Islamistische Tugend-Partei), die den Konsens teilen, die Türkei gehöre nicht zu Europa, sondern sei Bestandteil der islamischen Welt. Sie befürchten einen wachsenden Druck auf den islamischen Glauben.

Als *dritte* Gruppe sind unterschiedliche linke und marxistische Bewegungen zu nennen. Sie sehen in der EU einen imperialistischen Machtapparat, der die Türkei politisch und wirtschaftlich dominieren will. Angesichts der Erfahrungen mit dem US- und IWF-Diktat verbinden sie mit diesem Prozess eine Politik des „Teile und herrsche" der EU über die Türkei.

Eine neue Qualität zeigt sich vor allem in den Auffassungen einer *vierten* Gruppe, die neue Impulse in die Diskussionen trägt. Vertreten werden sie von linksdemokratischen und fortschrittlichen Organisationen, sozialen Bewegungen und Teilen der Gewerkschaftsbewegung. Hier kommt vor allem zum Ausdruck, dass man die Chancen des EU-Beitrittsprozesses hinsichtlich von Fragen der Menschenrechte, Rechte der Kurden, Demokratisierung, gewerkschaftlichen Rechte u.ä. stärker nutzen sollte. Vornehmlich Gewerkschaften und soziale Bewegungen entwickeln hierzu Positionen, die vorrangig in die vielfältigen Diskussionen getragen werden müssen.

Die *letzte* Gruppe besteht aus konservativ-nationalen Parteien und Bewegungen, die den EU-Beitrittsprozess – ohne Bedenken – bejubeln. In diese Gruppe gehören auch die islamistische Regierungspartei AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) unter Recep Tayyip Erdogan und bürgerlich-nationalistische Parteien wie ANAP (Mutterlandspartei) u.ä. Sie verfolgen primär das Interesse, durch den Beitritt finanzielle Fördermittel der EU beanspruchen zu können. Aufgrund der Außenverschuldungen unterliegt die Türkei gegenwärtig dem Diktat des IWF und der Weltbank. Der EU-Mitgliedschaftsprozess könnte demnach für die Türkei eine wirtschaftliche Erleichterung bedeuten. Doch die jetzige Regierung unter Erdogan hat bisher keine europapolitischen Ziele formuliert, in deren Kontext Themen der politischen Zugehörigkeit, der Mitgestaltung der europäischen Zukunft, der Friedenssicherung u.ä. aufgegriffen und diskutiert werden.

Drittens

Die Fragen der Achtung von Menschenrechten, des Schutzes der Rechte der Kurden und der anderen ethnischen Minoritäten sowie diejenigen der Religionsfreiheit, der gewerkschaftlichen Rechte, der Presse- und Meinungsfreiheit, der Organisations- und Versammlungsfreiheit u.ä. sind wichtige Maximen und Anforderungen an den EU-Beitritt der Türkei, an denen man festhalten muss. Ein Land, in dem systematisch gefoltert wird, Kurden, Gewerkschaftler, Oppositionelle, politisch Andersdenkende verfolgt und ermordet werden, kritische Medien zensiert und Journalisten, Schriftsteller u.ä. verhaftet werden, darf unter keiner Bedingung EU-Mitglied werden.

Die bisherigen praktischen Erfahrungen mit den EU-Reformpaketen in der Türkei haben gezeigt, dass zwar durch die EU-Reformen rechtliche Grundlagen für einen Umdenkungsprozess geschaffen wurden, doch die Realität häufig anders aussieht. Die noch permanent praktizierten Folterungen, die Verfolgung und Ermordung von Kurden, die Repressionen gegen demokratische Bewegungen und Gewerkschaften zeigen gegenwärtig ein anderes Bild. Deshalb ist es wichtig, die Türkei in diesen Zusammenhängen stärker unter Druck zu setzen und an den Kopenhagener Grundwerten festzuhalten.

Dies setzt selbstverständlich voraus, die Beitrittsperspektive der EU offen zu halten, auch wenn zu unterschiedlichen Fragen kritische Positionen zu beziehen sind.

Viertens

Nicht anders sieht es mit den versprochenen Änderungen im Arbeitsrecht aus. Durch den Druck von Gewerkschaften auf nationaler und internationaler Ebene, der ILO und insbesondere in Folge der Beitrittsverhandlungen zur EU mussten türkische Regierungen wiederholt versprechen, Gesetze nachzubessern, um sie den EU-Richtlinien und ILO-Normen anzupassen. So auch die Arbeitsgesetze und die Gesetzgebung zu Tarifverträgen und Gewerkschaften. Verschiedene türkische Regierungen haben zudem versprochen, dass sie international anerkannte Rechte bzw. die entsprechenden internationalen Verträge, die auch vom türkischen Staat ratifiziert wurden, in nationale Gesetze umsetzen würden.

EU–Türkei: Ein Thema für Ressentiments & Vorurteile – und für Kritik daran

Ratzinger: Türkei mit Europa gleichzusetzen, wäre ein Irrtum

Kardinal Joseph Ratzinger hat vor Versuchen gewarnt, die Türkei mit Europa gleichzusetzen. In einem am Freitag veröffentlichten Interview mit dem Magazin der französischen Tageszeitung „Le Figaro" erklärte der Präfekt der vatikanischen Glaubenskongregation, die Türkei sei im Lauf der Geschichte in „ständigem Kontrast zu Europa" gestanden. Ratzinger erinnerte an den Fall von Konstantinopel, die Balkankriege und die Türkenbelagerung Wiens. „Es wäre ein Fehler, die beiden Kontinente gleichzusetzen", hielt der Kurienkardinal fest. „Es wäre ein Verlust an Reichtum, ein Verschwinden des Kulturellen zugunsten der Wirtschaft." „Die Türkei, die sich als laizistischer Staat auf Basis des Islam versteht, könnte versuchen, einen kulturellen Kontinent mit benachbarten arabischen Staaten zu gründen und so zum Protagonisten einer Kultur mit einer eigenen Identität werden, jedoch in Gemeinschaft mit den großen humanistischen Werten, die wir alle anerkennen sollten", betonte Ratzinger. Das hindere das Land nicht an einer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Europa. Dies könnte auch eine gemeinsame Kraft darstellen, die sich jeder Form des Fundamentalismus entgegenstellt.
(Newsletter Radio Vatikan, 13.8.2004)

„Europa ist das, was die Europäer daraus machen"

Europa bedeutet Vielfalt. ... Wer sich auf abendländische Werte beruft, sollte wissen, dass die Hochkultur der Antike große Teile der heutigen EU zunächst unberührt ließ. Sie fand rund um das Mittelmeer statt. Die Schriften des klassischen Altertums, die für Europa nach dem Zerfall des Römischen Reiches verloren gegangen waren, wurden Jahrzehnte später über islamische Gelehrte wieder zugänglich.

Nicht im Römischen Reich, sondern 301 in Armenien wurde das Christentum erstmals Staatsreligion. Und wenn man der Definition Europas das Christentum zugrunde legen mag, so könnte man die Türkei als eine der Wiegen Europas bezeichnen. Die ersten großen Konzile der Menschheit fanden in Kleinasien statt. Der Apostel Paulus wuchs in dem Gebiet der heutigen Türkei auf ...

Zweifellos hat das damalige Osmanische Reich die europäische Geschichte mitgestaltet – im Positiven wie im Negativen. In Frankreich, in England und im protestantischen Deutschland sahen nicht wenige im Sultan einen potenziellen Verbündeten: „Der Türke ist der Lutherischen Glück", hieß damals ein geflügeltes Wort, weil „der Türke" die Kraft der katholischen Fürsten band ... Und im übrigen: Die Namensgeberin des Kontinents Europa ist eine asiatische Prinzessin.
(Aus einem Flugblatt des Migrationsausschusses der IG Metall, Verwaltungsstelle Berlin, Mai 2005)

RLS fördert gewerkschaftlichen Dialog mit der Türkei

Teilnehmer auf der gemeinsamen Tagung der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit der Gewerkschaft Geda-IS in Istanbul im Mai 2005

Ein gut besuchter Workshop und eine Podiumsdiskussion in Istanbul Mitte April waren erste ermutigende Ergebnisse der neuen Zusammenarbeit der RLS mit türkischen Partnern. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Gida-Is wurde damit das Projekt „Gewerkschaften der Türkei vor den Herausforderungen von Demokratisierung, Wandel der Informationstechnologien und europäischer Identität“ auf den Weg gebracht. Ein Thema, das vor dem Hintergrund der bevorstehenden Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei besondere Aktualität erlangt hat.

Die zahlreich eingeladenen türkischen Gewerkschafter, Wissenschaftler, Parlamentsabgeordnete und Journalisten diskutierten mit der RLS-Delegation, der Gewerkschaftsvertreter aus Deutschland angehörten, kontrovers vor allem die Konsequenzen, die sich für die Lage in der Türkei und die Beziehungen zur EU ergeben. Die Haltung der türkischen Gewerkschaften und auch der linken Öffentlichkeit zur EU-Perspektive ist gespalten. Einerseits werden davon Anstöße, ja Druck auf die Regierung in Richtung weiterer Demokratisierung erwartet. „Die Türkei kann in Sachen Demokratie noch viel von den EU-Staaten lernen.“ Die freiheitlichen und pluralistischen Ansätze der EU seien nicht von der Hand zu weisen. Andererseits registriert man sehr genau, wie Yüksel Akkaya von der Universität Mersin formulierte, „dass sich die früher imposante EU-Sozialpolitik abzunutzen scheint“ und somit nicht mehr als Beispiel dienen könne. Es müsse auch zu denken geben, dass in Europa Rechte der Arbeitnehmer beschnitten werden und der Einfluss der Gewerkschaften abzunehmen beginnt. Ein anderer Teilnehmer ging noch weiter: „Zu einem Europa, das zunehmend eine neoliberale Politik betreibt, kann ich als Sozialist nicht ja sagen.“ Zudem werde die EU-Diskussion in der Türkei durch eine „immer wieder hoch schwappende nationalistische Welle“ zeitweilig in den Hintergrund gedrängt.

Kalender der Gewerkschaft KESK (von der Homepage www.sendikanet.org)

In der Türkei wurden auf Verlangen der EU bestimmte Änderungen in der Arbeitsgesetzgebung vorgenommen, die aber noch ungenügend und „nicht verinnerlicht sind“. Seyit Aslan, Generalsekretär der Gida-Is, betonte, die Gewerkschaften müssten nicht nur die Rechte der Arbeitnehmer verteidigen, sondern sich darüber hinaus um die Überwindung der Demokratiedefizite im eigenen Land zu sorgen. Seine Gewerkschaft stehe positiv zur EU; entscheidend sei aber, die eigenen Kräfte zu mobilisieren, um die Gesetze mit wirklichem Inhalt zu erfüllen. Akin Birdal, der bekannte frühere Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD, unterstrich die zentrale Bedeutung von Demokratie und Menschenrechte für den weiteren Weg seines Landes.

Breite Übereinstimmung bestand in dem Bedürfnis, die Gewerkschaften stärker zu vernetzen. In der Türkei gibt es vier miteinander konkurrierende Föderationen mit einer Vielzahl von Einzelgewerkschaften. Dass trotzdem zahlreiche Vertreter der Einladung folgten und miteinander diskutieren konnten, war ein nicht zu unterschätzender positiver Aspekt des Workshops. Auch auf internationaler Ebene besteht großer Nachholbedarf. Die bekannte Journalistin Sükran Soner erklärte unter Hinweis auf die Arbeitsrichtlinien in der Türkei, die in keiner Weise den Normen der ILO entsprechen: „Dies muss sich schnellstens ändern. Dazu müssen alle europäischen Arbeiter und Gewerkschafter Hand in Hand arbeiten, um Gerechtigkeit durchzusetzen“. Der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation DISK, Süleyman Celebi, forderte nachdrücklich zu gemeinsamem Handeln auf, „denn allein können wir auf die Dauer unsere Ziele nicht erreichen“. Das Kapital ist international vernetzt, die Arbeitnehmer müssen es auch. Daran anknüpfend, rief Rüdiger Lötzer von der IG Metall dazu auf, gemeinsam gegen die Aushöhlung von Sozialstandards zu kämpfen und die Garantien für Arbeitnehmerrechte als eine Voraussetzung für die EU-Aufnahme der Türkei zum Thema zu machen. Dafür sollte die Solidarität der europäischen Gewerkschaften stärker eingefordert werden. So könne die IG Metall Druck machen, wenn beispielsweise ein Siemens-Werk in der Türkei die ILO-Standards nicht einhält ...

Das gemeinsame Projekt der RLS mit Gida-Is wird mit Veranstaltungen und Schulungen von Aktivisten aus Basisgewerkschaften und Vernetzung gewerkschaftlicher Strukturen im Großraum Istanbul mit elektronischen Mitteln fortgesetzt. Das Ergebnis einer inzwischen initiierten Umfrage unter Gewerkschaftern zur EU-Aufnahme der Türkei wird sicher weitere Aufschlüsse bringen und der Öffentlichkeit präsentiert werden. Ganz wichtig ist das auf dem Workshop vorgestellte Internet-Portal www.sendikanet.org in türkischer und deutscher Sprache, das als Informations- und Diskussionsforum zur internationalen Vernetzung, besonders auch zwischen türkischen und deutschen Arbeitnehmern und Gewerkschaften, beitragen soll. DISK-Vorsitzender Celebi hat in einem Beitrag auf der Website in dieses Vorhaben große Hoffnungen gesetzt.

(Mai 2005, aus: www.rosa-luxemburg-stiftung.de)

Dass daran kein ernsthaftes Interesse besteht, zeigte sich spätestens im Mai 2003, als das neue Arbeitsgesetz vom Parlament verabschiedet wurde, aber auch an den mittlerweile vorliegenden Gesetzentwürfen zu den Rechten der Gewerkschaften, zu Streiks, Aussperrungen und Tarifverträgen.

So haben im Falle von Entlassungen sowohl die einzelnen Beschäftigten als auch die Gewerkschaften bei Arbeitsgerichtsprozessen zwar bessere Karten in Bezug auf die Wiedereinstellung, doch Kündigungen werden damit nicht behindert. Nach wie vor können die Beschäftigten von den Unternehmern einfach auf die Straße gesetzt werden. Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes nach den EU-Normen hat sich entsprechend gezeigt, dass Tausende von Beschäftigten zwar zu Unrecht gekündigt, aber nur wenige von ihnen wieder eingestellt worden sind. In der Praxis gibt es also keinen funktionierenden Kündigungsschutz. Zur Arbeitssicherheit und zum Arbeitsschutz im Betrieb existiert zwar ein gutes Gesetz – doch für die Umsetzung fehlt jede begleitende Maßnahme.

Außerdem existieren Entwürfe für ein Gewerkschaftsgesetz sowie für ein Gesetz über Streiks, Aussperrungen und Tarifverträge. Diese werden international geltenden Maßstäben nicht gerecht. Internationale Normen wie z.B. die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit werden verletzt, denn nicht alle Beschäftigten dürfen sich in Gewerkschaften organisieren. So darf ein Teil der Beamten und öffentlichen Angestellten (Polizisten u.ä.) sich noch nicht einmal gewerkschaftlich organisieren.

Ein anderer Teil ist zwar mittlerweile gewerkschaftlich organisiert, hat aber nach wie vor kein Tarifrecht, also auch kein Streikrecht, wie z.B. die Lehrer. Zumal die Lehrergewerkschaft Egitim-Sen aufgrund ihrer Forderung für Unterricht in der Muttersprache derzeit ein Verbot befürchtet. Hinzu kommen Probleme mit der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit. Wenn man sich in einer Gewerkschaft organisieren will, ist es immer noch so, dass man vorher zum Notar gehen und dort unter notarieller Aufsicht in eine Gewerkschaft eintreten muss; das gleiche gilt für den Austritt. Dies dient, wie leicht erkennbar ist, lediglich der Einschüchterung der Beschäftigten. Damit will der Gesetzgeber die gewerkschaftliche Organisation und Betätigung schlicht verhindern. Nach wie vor haben die Gewerkschaften große Schwierigkeiten bei der betrieblichen Interessenvertretung und bekommen gesetzlich nicht genügend Rückendeckung, insbesondere wenn sie von der Unternehmensführung bekämpft werden.

Wir erkennen, dass auch hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisationsfreiheit und der arbeitsrechtlichen Änderungen keine großen Schritte erfolgt sind. Zwar gibt es ansatzweise positive Signale, die jedoch in der Realität der türkischen Gesellschaft nicht umgesetzt werden können.

Fünftens

Die Quintessenz dieser oben dargelegten Entwicklung ist, dass durch den EU-Beitrittsprozess zwar neue Zeichen gesetzt wurden, diese in der Praxis jedoch nicht zu entscheidenden Verbesserungen geführt haben. Die kritische Begleitung des EU-Beitrittsprozesses der Türkei ist auch für die Zukunft eine wichtige Aufgabe, die mit den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und demokratischen sowie fortschrittlichen Bewegungen in der Türkei gemeinsam angegangen werden muss. Im Dialog müssen gemeinsame Forderungen, Positionen und Initiativen ins Leben gerufen werden. Gemeinsam müssen wir über künftige Perspektiven diskutieren und Ideen austauschen. Deshalb ist die projekt- und maßnahmenorientierte Bildungsarbeit ein wichtiges Mittel, um den Dialog aufzunehmen.

Dabei ist zu beachten, dass auch die in Deutschland lebenden Migranten türkischer und kurdischer Herkunft in diesem Prozess eine wichtige Rolle zu spielen haben. Sie bilden in der Praxis eine Brücke zwischen Europa und der Türkei. Deshalb ist die rechtskonservative Forderung nach einer „privilegierten Partnerschaft" ein Mittel der Ausgrenzung, das gerade in Deutschland rechtspopulistische Ressentiments stärkt und Migranten ins Fadenkreuz politischer Kontroversen geraten lässt. Nicht zuletzt würde eine Unterschriftenkampagne oder ähnliches polarisieren und neue Feindbilder hervorrufen.

Sechstens

Die türkische Gesellschaft steht durch die neuen EU-Richtlinien und die Kopenhagener Kriterien vor einer neuen Herausforderung. Zweifelsohne haben die Militärputsche der letzten dreißig bis vierzig Jahre – die zum Teil auch unter dem Deckmantel der Bekämpfung des Kommunismus von der US-Administration inszeniert waren – die demokratische Kultur und Entwicklung in der Türkei gehemmt und geschwächt. Der EU-Beitrittsprozess bietet in diesem Zusammenhang eine Chance, den Demokratisierungsprozess als politischen Lernprozess in der Türkei weiter zu stärken und zu fördern. Dieser Prozess benötigt auch demokratische Institutionen und Bewegungen, die ihn kritisch begleiten und weiterentwickeln. Denn unabhängig von der EU-Mitgliedschaft der Türkei müssen wir uns auch in Zukunft mit dieser Realität weiter auseinandersetzen.

Erschienen als Nr. 17/2005 der „rls-Standpunkte". Alle „rls-Standpunkte" können unter www.rosalux.de herunter geladen werden.

Ein Appell aus Europa für Frieden und Dialog im türkisch-kurdischen Konflikt

Immer noch harrt die kurdische Frage einer gerechten und demokratischen Lösung. Sie würde auch wesentlich zum Frieden im Mittleren Osten beitragen. Die wieder aufgeflammten Kämpfe in kurdischen Gebieten der Türkei haben zu einer weiteren Verschärfung der gesellschaftlichen Probleme des Landes geführt. Es besteht die Gefahr einer weiteren Eskalation.

In dieser kritischen Situation übernahm eine Gruppe von türkischen Intellektuellen die Initiative und appellierte an die Konfliktparteien, sämtliche militärischen Auseinandersetzungen einzustellen und für eine vollständige Beendigung der Atmosphäre der Gewalt zu sorgen. Die türkische Regierung wurde des Weiteren aufgefordert, demokratische Schritte zur Lösung der kurdischen Frage zu unternehmen.

Inzwischen erkannte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in einer Rede, die er am 12. August in Diyarbakir nach einem Gespräch mit türkischen Intellektuellen hielt, die Existenz der kurdischen Frage an. In dieser Rede gestand er erstmals Fehler in der türkischen Politik und sprach sich dafür aus, eine Lösung der kurdischen Frage im Rahmen einer Ausweitung des demokratischen Reformprozesses anzustreben. Diesen Vorschlag halten wir für konstruktiv, da er die Chance bietet, eine Basis für eine Lösung zu schaffen.

Auch die kürzlich ausgerufene einmonatige Waffenruhe von Kongra-Gel ist in diesem Sinne als konstruktiver Beitrag zu einer friedlichen Lösung zu werten. Die vergangenen Jahre der blutigen Kämpfe und der Tränen haben gezeigt, dass sich die kurdische Frage nicht mit Gewalt lösen lässt. Diese Einsicht ist für eine Vertiefung des jetzigen Prozesses von Nöten, um letztendlich auf demokratischem Wege zu einem dauerhaften Frieden zu kommen.

Die genannten Entwicklungen in der Türkei geben Anlass zu der Hoffnung, die kurdische Frage in der Türkei könne in absehbarer Zeit gelöst werden. Damit dies nicht bei Worten bleibt wie oftmals in der Vergangenheit, bedarf es weiterer Schritte, die der Vertrauensbildung dienen müssen. Deshalb fordern wir als europäische Intellektuelle, Künstler, politisch aktive Menschen und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen von beiden Konfliktparteien, dass diese alle notwendigen Schritte unternehmen, damit der sich anbahnende Friedensprozess nicht ins Stocken gerät. Die internationale Ge-

meinschaft bitten wir, solche Bemühungen unterstützend zu begleiten.

Wir rufen die Konfliktparteien auf, den jetzigen Prozess im Geiste des Friedens, der Demokratie und der Menschenrechte zu entwickeln, damit aus der jetzigen Situation ein dauerhafter Frieden erwächst.

Die Europäische Union bitten wir, eine aktive Rolle zu übernehmen, um den für einen Friedensprozess notwendigen Dialog zu fördern, und die internationalen Institutionen fordern wir zur Unterstützung aller der Kräfte und Institutionen in der Türkei auf, die mit ihrem Wirken zum Frieden und zur Demokratie beitragen.

Danielle Mitterand Fondation France Liberte, José Bové Via Campesina – World Confederation of Peasants, Spokesperson, M. Dominique Sopo President of SOS Racisme, Samuel Thomas, Vice-President of SOS Racisme, Alain Calles Sociologist, Joël Dutto Regional Councillor, Delegate for Humanitarian Mission, Bernard Granjon Honorary President of Medecins du Monde, Sophie Roudil Secretary General of Solidarite-Liberte, Marseille, Georges Sinibaldi President, Solidarite-Liberte, Kleiv Fiskvik Norwegian Trade Union Confederation (LO), Thorvald Steen Writer, Erling Folkvord Former Norwegian Socialist Party MP and Writer, William Nygaard President, Norwegian Editors Union and Member of Executive Council of Norwegian PEN Björn Jacobsen Socialist Party Member of Parliament and Member of Parliamentary Foreign Affairs Commission, Knut Kjeldstadli Professor of History, Oslo University, M. Kristin Halvorsen Socialist Party President, M. Reza Rezai, Socialist Party International Relations Secretary, M. Hallgeir Langeland Socialist Party Member of Parliament, Esben Laukeland, Journalist, Peter M. Johansen Journalist, Lars Ohly, President, Swedish Left Party Lotta Hedström Swedish Green Party Member of Parliament, Committee for Foreign Affairs, Agne Hansson Swedish Central Party, Siw Handros-Kelekay Member of Kurdish-Finnish Peace Council and Cultural Solidarity Association, Elina Järvenpää Engineer and Member of Kurdish-Finnish Peace Council and Cultural Solidarity Association, Rune Lund Red-Green Alliance Member of Parliament, Lord Dholakia House of Lords, Liberal Democrat Lord Toby Harris, House of Lords, Labour, Jean Lambert MEP, Green Group Deputy, UK Lord Rea House of Lords, Labour, Alyn Smith MEP, Scottish National Party, John Austin MP, House of Commons, Labour, Hywel Williams MP, House of Commons, Plaid Cymru, John McDonnell MP, House of Commons, Labour, Hugo Charlton Chair, Green Party of England, Scotland and Wales, Mark Thomas, Comedian, Nick Hildyard, Policy Analyst, Stewart Hemsley Chair, Pax Christi, UK, Bill Speirs, General Secretary Scottish Trades Union Council, JacoboVenier, Spokesperson for International Relations of Italian Communist Party, The Honourable Oliviero Diliberto, Deputy and General Secretary of Italian Communist Party, Former Minister of Justice, Hugo Van Rompaey Honorary Senator Jan Beghin Deputy Socialist Party Alternative, SPIRIT, Lionel Vandenberghe Senator, SPIRIT Mahfoudh Romdhani, Vice- President of Brussels Parliament, Jan Loones Deputy for Vlaamsblok in Belgian Parliament, Massimo D'-Alema European Deputy of Socialist Group, Italy, M. De Heer Jean-Luc Dehaene European Deputy of PPE-DE-Belgium, M. Francis Wurtz European Deputy and President of the Co Federal Group of GUE (United Left Group) France, M. Vittorio Agnoletto European Deputy of the Co Federal Group of GUE, Italy, Luisa Morgantini European Deputy of the Co Federal Group of GUE, Italy, M. Alain Lipietz, European Deputy of Green Group ALE, Roland Appel, Imre Kertesz Nobel Prize Winner, Dr Herbert Schnoor Former Vice-President and Interior Minister of Nordrhein-Westphalia, Dr. Norbert Blüm former Employment Minister, Professor Andreas Buro Coordinator, Dialog-Kreis, Professor Frank Deppe, German Peace Society – Conscientious Objectors, Baden-Württemberg, Hans-Peter Dürr Emeritus Professor, Max-Planck-Institut, and President, Global Challenges Network, Gabriele Gillen Author, Jürgen Glökler, Professor Ulrich Gottstein Honorary Member, International Physicians for the Prevention of Nuclear War, Dr. Rolf Gössner President, International League for Human Rights, Friedel Grützmacher Member of Rheinland-Pfalz Regional Parliament, Gabi Kutsche Director, Niedersachsen Region Bündnis 90/Die Grünen, M. Enno Hagenah Member of Niedersachsen Regional Parliament, Nina Hagen Singer/Artist, Professor Joachim Hirsch, IPPNW – German Section of International Doctors for the Prevention of Atomic War, Doctors for Social Responsibility, Ernst-Ludwig Iskenius Refugio VS, Hubertus Janssen Minister, Ulla Jarusch Public Appeal for Non-Violent Resistance to Arms and War, Wolfgang Jungheim Minister, Yavuz Karaman Film Director and TV-Journalist, Heiko Kauffmann Pro Asyl/Aktion Courage, Dietrich Kittner Cabaret Artist, Committee for Fundamental Rights and Democracy, M. Hans Koschnik Former Mayor, Claudia Küchenbauer ELKIB Worker for Non-Violent Conflict Resolution, Felicia Langer Author and Lawyer, Georgia Langhans Member of Niedersachsen Regional Parliament, Herbert Leuninger Minister, Dr. Gerald Mader President, Austrian Centre for Peace and Conflict Resolution, Dr. Jürgen Micksch Chair of German Intercultural Council, Professor Dr. Wolf-Dieter Narr, Brother Jurgen Neizert Franciscan Coordination for Justice and Peace, Professor Norman Paech, Peggy Parnass Journalist, Dr. Gisela Penteker Turkey representative International Physicians for the Prevention of Nuclear War, Filiz Polat Member of Niedersachsen Regional Parliament, Manfred Richter Minister, Beate Roggenbuck Secretary, Helsinki Citizens Assembly, Prof. Dr. Roland Roth Committee for Fundamental Rights and Democracy, Mehmet Sahin Secretary, Dialog-Kreis, M. Bernd-Jürgen Salzmann Pax Christi Ravensburg, M. Joachim Schaefer Wetzlar Youth Network, M. Thomas Schmidt General Secretary, European Association of Lawyers for Democracy and Human Rights, Dr. Alexander Schubart, Christa Stolle, Secretary, Terre des Femmes e.V., M. Willi van Oeyen Peace and the Future Workshop, M. Friedrich Vetter Minister, Kathrin Vogler Speaker, Cooperation for Peace, Dr. Rheinhard Voß General Sekretary, Pax Christi Germany, M. Günter Wallraff Author, M. Stefan Wenzel, Member of Niedersachsen Regional Parliament, M. Rudolf Wessler Minister, Professor Dr. Ernst Woit Community for Human Rights, Sachsen.

Leseempfehlung

„Ich saß zu Recht in Haft“

Das hat noch nie ein US-Spion erklärt, den die DDR-Sicherheitsorgane geschnappt hatten. Sieberer, der 1982 verhaftet wurde, bekam immerhin 15 Jahre. Nach zweieinhalb Jahren wurde er mit einer größeren Gruppe von 25 Agenten ausgetauscht und lt. Entlassungsschein am 11.6.1985 nach Westberlin entlassen. Hannes Sieberer hatte Glück gehabt.

Der noch keine 18 Jahre alte Österreicher wurde von der CIA als Agent angeworben. Er war für den amerikanischen Geheimdienst von besonderem Interesse. Schließlich hatte er Verwandte in Rostock; und die arbeiteten in einer Werft, also in einer strategischen Schlüsselstellung. Sieberer wirbt seinen Cousin für den CIA. Er sollte lediglich Informationen für die Amis liefern. Schließlich bekam die Spionageabwehr der DDR Wind von dem Duo.

Nach ihrer Verhaftung von Sieberer kümmerten sich die Amis nicht um ihre Spione. Sie gingen auf Tauchstation. Auch Interventionen des österreichischen Bundespräsidenten, des Kanzlers und des Außenministers prallten in Washington ab.

Herbert Kierstein, seines Zeichens Untersuchungsführer bei der Spionageabwehr der DDR, konnte bereits auf Erkenntnisse der HA II zurückgreifen. So kam es, dass Sieberer und sein Begleiter „Max“ am 24. Oktober 1982 festgenommen wurden. Beide waren geständig.

Nach der Wende trifft sich Sieberer mit seinem Jäger von der Spionageabwehr. Er besuchte die zur Gedenkstätte umfunktionierten Gefängnisse in Hohenschönhausen und Bautzen, wo er einen Teil seiner Strafe abgesessen hatte. Sieberer erzählt in seinem Buch erstmals sein spannendes Agenten-Leben.

Auch Kierstein berichtet über seine politische und berufliche Entwicklung in der DDR. Gemeinsam werfen Sieberer und Kierstein einen kritischen Blick zurück. Ein lesenswertes Buch, zumal sich die Protagonisten gegen die offiziell verbogene Wahrheit stellen.

Franz-Karl Hitze

Hannes Sieberer/ Herbert Kierstein: Verheizt und vergessen – Ein US-Agent und die DDR-Spionage / Verlag: edition ost, 2005, 224 S., brosch., Preis 14,90 €, ISBN 3-360-01065-5

23.-25. September, Loccum. *Solidarisches Wirtschaften unter kapitalistischer Hegemonie?* Arbeitstagung der Loccumer Initiative Kritischer WissenschaftlerInnen. „Die destruktiven Tendenzen der neoliberalen Variante des Kapitalismus haben in den letzten Jahren Gegenbewegungen produziert und eine intensive Suche nach gesellschaftlichen Alternativen ausgelöst. Die neuen, aus der Not geborenen Formen solidarischen Wirtschaftens sind dabei in den Kontext der gesellschaftlichen Konflikte und Widersprüche eingebettet, die sich in anderer Form auch in den weltweit agierenden Konzernen geltend machen. Welche Formen demokratischer Partizipation sind vor diesem Hintergrund in den Kernbereichen der Ökonomie denkbar? Inwieweit weisen die Formen solidarischen Wirtschaftens über die unmittelbare Selbsthilfe hinaus? Welche Gestaltungspotenziale sind angesichts dieser Entwicklungen noch oder wieder vorhanden?“

1. Oktober. Frankfurt a. Main. *Bundeskongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken.* Beginn 10 h, Ende gegen 17h. Gewerkschaftshaus Frankfurt, Wilhelm- Leuschner-Str.e 69. Tagesordnung: 1. Plattform für die Initiative zur Vernetzung der G-Linken. 2. Organisatorische Strukturen: (Arbeitsausschuss, Sekretariat, Info, usw.) 3. Die Ausgangsbasis für die G-Linken nach der Bundestagswahl

3. bis 7. Oktober. Bonn. *Ord. Gewerkschaftstag IG Bauen-Agrar-Umwelt.*

4. Oktober Frankfurt. *Runder Tisch Reichtum.* Eingeladen sind alle Gruppen, die zum Thema Reichtumsverteilung arbeiten. Vortrag von Werner Rügemer, Köln. Beginn 11 Uhr im DGB-Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, Frankfurt. Einlader: attac und andere.

9. bis 14. Oktober. Hannover. *Ord. Gewerkschaftstag IG Bergbau, Chemie, Energie.*

21.Oktober bis 13. November, Rundreise irakischer Gewerkschafter. In Basra gab es schon im April 2003, zwei Wochen nach Einmarsch der Besatzungstruppen, die Initiative zu gewerkschaftlicher Organisation. Heute gilt die Allgemeine Gewerkschaft der Beschäftigten im Ölsektor GUOE, mit Sitz in Basra, als bemerkenswerteste unabhängige gewerkschaftspolitische Kraft. Sie ist ein Zusammenschluss mehrerer Gewerkschaften aus der Energiebranche, wo über 23.000 Beschäftigte organisiert sind. Sie setzte sich erfolgreich für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen ein. Sie widersetzte sich aktiv allen Plänen zur Privatisierung der Firmen, die sie als Eigentum der irakischen Bevölkerung betrachtet. Mit Solidaritätsaktionen und Proteststreiks protestierte sie gegen die Angriffe der Besatzungstruppen auf Nadschaf und Falludscha. Im Mai 2005 organisierte die GUOE in Basra eine vielbeachtete Konferenz gegen die Privatisierung des öffentlichen Sektors. Im Herbst d. J. werden zwei AktivistInnen der GUOE aus Basra – Frau Boshrah A. Abbood und Herr Taha A. Ibraheem Breshdi - nach Deutschland kommen.
Folgende Termine stehen bereits fest: • Fr. 21.10. Berlin – DGB Haus Keithstraße 1-3 (U-Bahn Wittenburgplatz) 19.00 Uhr • Mo. 24.10. Kiel • Di. 25.10. Hamburg • Do. 27.10. Hannover • Mo. 30.10. Duisberg • Di. 1.11. Bonn • Mi. 2.11. Frankfurt • Do. 3.11. Marburg/Gießen • Fr. 4 11. Heidelberg • Mo. 07.11. Freiburg • Di. 8.11. Tübingen • Mi. 9.11 Stuttgart • Do. 10.11. Augsburg • Fr 11.11 München • Sa. 12.11. Berlin. Veranstalter und Unterstützer: attac-Gruppen, Deutscher Friedensrat usw. Näheres: www.labournet.de/internationales/iq/iraktour05.html

26. Oktober. Berlin: *(geplant) Zentrale Jubiläumsveranstaltung mit Großem Zapfenstreich der Bundeswehr am Reichstag aus Anlass 50 Jahre Bundeswehr* + Aktionen der Friedensbewegung www.kampagne.de

28./29. Oktober. Rüsselsheim. *10. gewerkschaftspolitische Konferenz der PDS*

4./5. November, Berlin. *Musikland Deutschland - Wie viel kulturellen Dialog wollen wir?* Veranstalter: Der Deutsche Musikrat. Deutschland ist ein Standort kultureller Vielfalt. Im Zusammenhang mit der Zuwanderung ausländischer Mitbürger und deren Integration spielt die Frage nach dem Eigenen und dem Anderen in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion eine immer wichtiger werdende Rolle. Das Problem der gegenseitigen kulturellen Abschottung stellt dabei ein besonderes Problem dar. Der Deutsche Musikrat geht der Frage nach, welchen Beitrag die Musik leisten kann, um den interkulturellen Dialog zu fördern. Diese und andere Fragen werden auf der Tagung nicht nur diskutiert, sondern auch erfolgreiche Modelle aus der Praxis vorgestellt und Handlungsempfehlungen an die Politik verabschiedet. Ziel der Tagung ist es, das Bewusstsein für die Bedeutung und den Zusammenhang von kultureller Identität und interkulturellem Dialog zu stärken und in der öffentlichen, politischen und medialen Diskussion zu positionieren. Als Gäste und Diskussionspartner werden u.a. mit dabei werden sein: Dr. Thomas Bellut, Gitta Connemann, Michel Friedmann, Prof. Dr. Max Fuchs, Prof. Dieter Gorny, Dr. Heiner Geißler, Cem Özdemir, Dr. Oliver Scheytt und Peter Schulze. Die Vorträge und Diskussionen beginnen am 4./5. November 2005 jeweils um 11 Uhr. Veranstaltungsorte sind die Dresdner Bank am Pariser Platz und das Adlon Hotel „Unter den Linden“ in Berlin Mitte. Infos unter www.musikrat.de

14.–17. November. Karlsruhe. *SPD-Bundesparteitag* (Vorstandswahlen)

19./20. November. Nürnberg. *60 Jahre Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess,* Gerichtssaal 600, Bärenschanzstr. 72, Veranstalter: Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg. www.menschenrechte. nuernberg.de

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Termin	Wahlperiode
2006	März	Hessen	Kommunal	26.3.	5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Sachsen-Anhalt	Landtag	26.3.	4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de